

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 30 $\frac{1}{2}$.
für Versammlungsanzeigen 10 $\frac{1}{2}$ pro Zeile.

Marxismus und Gewerkschaftsbewegung.

II.

Bedeutet aber der gewerkschaftliche Kampf den Kampf um die Profiteure, so sind damit den Zielen der Gewerkschaften jedesmal gewisse Schranken gesetzt. Es handelt sich für den Unternehmer um die Kalkulation, ob er in der Lage ist, die neue Preisfestsetzung durchzusetzen, ob die Verluste während der Uebergangszeit nicht die Verluste eines auch länger ausgedehnten Streiks überwiegen, und schließlich, ob nicht für ihn die Möglichkeit besteht, sein Kapital anders anzulegen, in einem Produktionszweig, der nicht durch die Streikerfolge in seiner Profitrate unmittelbar alteriert ist. Daraus folgt aber, daß von vornherein jedem einzelnen gewerkschaftlichen Kampf gewisse Schranken gezogen sind, die zu erkennen die schwierige Aufgabe der gewerkschaftlichen Leitung ist und ihre Taktik bestimmt. Es folgt sodann, daß die Gewerkschaft im allgemeinen um so erfolgreicher operieren kann, je höher die Profitrate ist, sei es allgemein wie während der Hochkonjunktur, sei es in einem besonderen Zweige, etwa durch Monopolstellung, Erzielung von Extraprofit durch Patente usw. Auf diese Bedingungen im einzelnen einzugehen, fällt außerhalb des Rahmens unserer Untersuchung. Dagegen muß hier noch die Aenderung der Machtverhältnisse der beiden Klassen im allgemeinen kurz erörtert werden.

Es ist selbstverständlich, daß die Entstehung der Unternehmerorganisation eine Machtverschiebung in dem Verhältnis von Kapital und Arbeit bedeutet.

Die Entwicklung der Unternehmerorganisation wird in der Regel als eine Rückwirkung der Arbeiterorganisation betrachtet und sicherlich mit Recht. Aber das Tempo ihrer Entwicklung sowohl wie ihre Macht sind wesentlich abhängig von der Aenderung der industriellen Struktur, der Konzentration und der Monopolisierung des Kapitals.

Solange der vereinzelte Unternehmer der organisierten Arbeiterschaft gegenüberstand, hatte die Gewerkschaft eine Reihe Maßregeln zur Verfügung, die durch die Entwicklung der Unternehmerorganisation unwirksam gemacht werden.

Mit der Konzentration des Kapitals wächst die Macht des Unternehmers im Kampfe um den Arbeitsertrag, wächst aber auch die Organisationsfähigkeit der konzentrierten Arbeiter. Die Verschiedenheit der Größe der Unternehmungen bedingt auch eine ganz andere Widerstandskraft gegenüber den Gewerkschaften. Je zersplitterter eine Industrie, je kleiner die durchschnittliche Größe des Betriebes, desto größer im allgemeinen die Macht der Gewerkschaft. Innerhalb derselben Industrie wieder ist die Macht der Gewerkschaft größer im Klein- und Mittelbetrieb als im Großbetrieb, einfach deswegen, weil das durch die Konkurrenz des Großbetriebes ohnehin schwer bedrohte kleine Unternehmen die Verluste eines Kampfes viel weniger aushalten kann als das große Unternehmen. Der Kampf der Gewerkschaften fördert überhaupt die Entwicklung zum Großbetrieb und damit die Entwicklung der Produktivität, den technischen Fortschritt, die Herabsetzung der Produktionskosten und die Entstehung von relativem Mehrwert, wodurch er selbst die Vorbedingung schafft für die Erreichung neuer Zugeständnisse.

Solange die Gewerkschaften den Einzelunternehmern gegenüberstehen, ist ihre Position günstig. Sie können ihre konzentrierte Kraft gegen den vereinzelt Unternehmer wirken lassen. Der Lohnkampf wird aufgelöst in eine Reihe von Einzelstreiks. Die Arbeiter der betreffenden Unternehmer haben die ganze finanzielle Kraft der Gewerkschaft hinter sich, die durch die Beiträge und eventuellen Extrasteuern der weiterarbeitenden Mitglieder während des Kampfes keine Schwächung erfährt. Der Unternehmer muß fürchten, daß seine Kunden von dem weiterarbeitenden Unternehmer ihm abgenommen werden, daß auch nach Beendigung des Streiks sein Absatzgebiet geschmälert bleibt. Er muß sich zum Nachgeben entschließen und hat von diesem Moment an das Interesse, daß die

ihm zugestandenem Bedingungen im Gewerbe verallgemeinert werden, daß also auch die anderen Unternehmer freiwillig oder gezwungen dieselben Arbeitsbedingungen zugestehen müssen. Die Vereinzeltung des Unternehmers erlaubt es den Gewerkschaften, sie einzeln nacheinander in systematisch geführten Einzelkämpfen zu bezwingen, ohne daß diese Streiks die Kräfte der Gewerkschaften allzu sehr in Anspruch nehmen. Die Erfolge stärken sie durch Mitgliederzuwachs und vermehrte Beiträge, und sie stehen nach dem Kampfe mächtiger da als vorher. Es ist klar, daß diese Taktik um so eher angewandt werden kann, je geringer der Zusammenhalt der Unternehmer, je stärker die Konkurrenz ist, die sie sich untereinander machen, je größer also die Zahl der in Betracht kommenden Unternehmer und je geringer die Widerstandskraft jedes einzelnen. Das alles ist der Fall in den Zweigen, wo kleinere und mittlere Betriebe vorherrschen. Der Einfluß der Gewerkschaften ist hier am größten, ihre Macht am höchsten. Die viel genauer kalkulierende Großindustrie setzt solchen Einzelstreiks von vornherein viel größeren Widerstand entgegen, da die großen Unternehmungen mit viel größerem Nachdruck auf möglichster Gleichheit der Produktionskosten bestehen. Hier sind Erfolge nur als allgemeine möglich; der Einzelstreik findet hier viel größeren Widerstand, und dieser ist viel schwerer zu überwinden, da die Macht auch des einzelnen großen Unternehmers viel bedeutender, die Verständigung zwischen den verhältnismäßig wenigen Unternehmern auch viel rascher erfolgen kann. Je stärker aber die gewerkschaftliche Entwicklung, desto stärker auch der Widerstand, den sie bei den Unternehmern auslöst. Der Vereinigung der Arbeiter tritt jetzt die gesammelte Kraft der Unternehmer gegenüber. Da der Einfluß der Gewerkschaften den kleineren und mittleren Unternehmungen gegenüber am größten ist, so wird sich hier der Widerstand auch am stärksten geltend machen. In der Tat beginnt die Organisation des Unternehmertums im Handwerk und in den kleinen Fertigungsindustrien, wo die Macht der Gewerkschaften am fühlbarsten war, und nimmt in den Jahren der Hochkonjunktur ihren raschesten Aufschwung. Aber wenn auch die Entstehung der Arbeitgeberverbände sicher als Reaktion gegen die Gewerkschaften aufgefaßt werden muß, und daher zunächst in der leichteren Industrie vor sich geht, so bleibt sie nicht darauf beschränkt. Die Kartellierung und Vertrustung vereinigt in viel stärkerer und unlöslicher Weise die Interessen der beteiligten Kapitalisten und macht sie zu einer Einheit gegenüber der Arbeiterklasse. Die Ausschaltung der Konkurrenz beschränkt sich hier nicht wie in der leichteren unkartellierten Industrie auf den Arbeitsmarkt und verstärkt so die Solidarität der Unternehmer in viel höherem Maße. Es kann dies so weit gehen, daß gerade in den Zweigen, wo die Unternehmer die stärkste Position innehaben, eine besondere Organisation unnötig wird. Das Kohlen Syndikat macht einen Arbeitgeberverband überflüssig, der Stahltrust ihn unmöglich. Selbst wenn wirklich wahr wäre, was immer offiziell behauptet wird, daß sich die deutschen Kartelle nicht mit Arbeiterangelegenheiten beschäftigen, so ist doch das einheitliche Vorgehen der Unternehmer hier von vornherein gegeben, und gerade ihre Stärke macht spezifische Funktionen des Arbeitgeberverbandes, wie die Streikunterstützung, überflüssig, da eine „freundnachbarliche Verständigung“ von Fall zu Fall genügt. Aber auch hier macht sich die Tendenz zur Gründung von Arbeitgeberverbänden immer stärker bemerkbar.

Die Bildung der Arbeitgeberverbände macht zunächst den Gewerkschaften einen Erfolg des Einzelangriffs viel schwieriger, wenn nicht unmöglich. Hinter dem einzelnen Unternehmer steht jetzt seine Organisation; sie entschädigt ihn für seine Verluste, sorgt dafür, daß die streikenden Arbeiter keine andere Arbeit finden, während sie sich bemüht, die dringendsten Arbeiten des Unternehmers selbst ausführen zu lassen. Nötigenfalls greift sie zu stärkeren Mitteln; sie wird ihrerseits zum Angreifer und verallgemeinert den Kampf durch eine Aussperrung, um die Gewerkschaft zu schwächen und zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Und in diesem Kampfe der gesamten Unternehmer gegen

die Gewerkschaften ist die Unternehmerorganisation oft die stärkere.

Der Arbeitgeberverband bedeutet zunächst die prinzipielle Möglichkeit, den Zeitpunkt des Kampfes zu verschieben. Solange die Arbeiterorganisationen den vereinzelt Unternehmern entgegenstanden, stand die Wahl des Zeitpunktes den Arbeitern zu. Für den Erfolg des Kampfes ist aber die Zeit entscheidend. In der Hochkonjunktur, wo die Profitrate am höchsten, die Gelegenheit zu Extraprofit am besten ist, ist die Arbeitseinstellung am empfindlichsten; um nicht die ganze Profitrate zu verlieren, wird auch der starke Unternehmer in solchen Zeiten den Kampf zu vermeiden suchen, denn es handelt sich für ihn um eine nicht, wenigstens nicht bis zur nächsten Hochkonjunktur wiederkehrende Gelegenheit; rein vom Standpunkt des gewerkschaftlichen Erfolges aus gesehen, müßte der Streik in die Zeit der höchsten Anspannung der Produktivkräfte verlegt werden, und es ist eine schwere Aufgabe gewerkschaftlicher Erziehungsarbeit, die Mitglieder zu dieser Taktik zu bekehren. Denn gerade in dieser Zeit ist durch Ueberstunden und regelmäßige Beschäftigung das Einkommen der Arbeiter am höchsten, der psychologische Antrieb zum Streik daher schwächer. Das erklärt auch, warum die zahlreichen Streiks in der Periode der Prosperität vor der eigentlichen Hochkonjunktur stattfinden.

Diese Wahl des Zeitpunktes aber hört auf allein den Gewerkschaften zuzustehen, sobald die Unternehmerorganisation gefestigt ist. Dann kann diese die Zeit des Kampfes bestimmen. Für sie ist aber die Aussperrung ein Präventivkrieg, der am besten in der Zeit der Depression geführt wird, wo eine Arbeitseinstellung infolge der Ueberproduktion ganz nützlich, die Widerstandskraft der Arbeiter wegen des Ueberangebotes auf dem Arbeitsmarkt, wegen der finanziellen Schwächung der Organisation durch die Unterstützungserfordernisse und den Mitgliederverlust am geringsten ist. Diese Möglichkeit der Verlegung der Kampfzeit allein bedeutet eine außerordentliche Machtverschiebung, die die Folge der Unternehmerorganisation ist.

Dieselben Gründe aber, die zur Unternehmerorganisation führen, bringen wieder eine Erstarkung der Gewerkschaften. Diese werden jetzt überall die Zuflucht der Arbeiter, wenn sie nicht vollends auf Gnade und Ungnade den Unternehmern ausgeliefert sein wollen. Die Kampfmaßnahmen der Unternehmer treffen auch diejenigen, die bisher den Gewerkschaften fernstanden. Zumal die Aussperrung und insbesondere die Generalaussperrung wird zum kräftigsten Antrieb auch für die bisher Unorganisierten, der Organisation beizutreten. Die Gewerkschaften wachsen rasch an Mitgliedern, und damit wächst auch ihre Stärke.

Dem suchen die Unternehmerorganisationen durch den dauernden Kampf gegen die Gewerkschaften entgegenzutreten. Sie suchen durch künstliche Auswahl unter ihren Arbeitern die Unorganisierten zu den Ueberlebenden zu machen. Der Arbeitsnachweis des Unternehmerverbandes begünstigt systematisch die Unorganisierten vor den Organisierten, deren gefährlichste umgekehrt durch schwarze Listen geächtet werden. Mit der Organisierung der gelben Gewerkschaften, dieser Zuchtanstalten für Klassenverrat, sucht man durch Bestechung und Gewährung von Sonderbeihilfen die Arbeiter zu spalten und sich einer Streikbrechergarde zu verschern. Durch die Ablehnung von Verhandlungen mit den Organisationsleitern sucht man deren moralischen Einfluß zu verringern. Der Kampf ist vergeblich, weil schließlich das Klasseninteresse der Arbeiter zugleich ihr persönliches ist und die gewerkschaftliche Organisation überhaupt die Lebensbedingung der Arbeiter geworden ist. Aber er erschwert die Fortschritte der Gewerkschaftsbewegung und schmälert ihren Einfluß. Wie in der Periode vor der Unternehmerorganisation die Widerstandskraft des Einzelunternehmers je nach der Größe des Unternehmens verschieden war, so ist auch die Widerstandskraft der Unternehmerorganisationen verschieden je nach ihrer Zusammensetzung. Am stärksten sind die Verbände der Großindustrie, und hier wieder am mächtigsten

die Stellung der großen kartellierten Industrien. Diese haben vor allem den Abfall oder das Zugrundegehen von Mitgliedern nicht zu fürchten. Sie sind sicher, daß kein Konkurrent aus der Stilllegung ihrer Betriebe Vorteil ziehen kann, und sie können schließlich, wo das Monopol gesichert, die ausländische Konkurrenz auch durch den Schutz Zoll wenig wirksam ist, die Verluste während des Streiks wieder einholen; die verzögerten Aufträge werden später erfüllt, die Warenknappheit infolge der Stilllegung erlaubt Preissteigerung, also Abwälzung der Streifverluste. Hier ist also der Widerstand am stärksten, der Kampf gegen die Gewerkschaften am leichtesten. So werden diese Industrien die führenden im Kampfe aller Unternehmerorganisationen, sie erscheinen als die Verfechter des gemeinsamen Unternehmerinteresses im Kampf gegen die Arbeiterklasse. Je mehr die Kleinkapitalisten vor den Gewerkschaften zurückweichen müssen, je bedrohlicher ihnen die Macht der Arbeiter erscheint, desto mehr fühlen sie sich solidarisch mit den größten Industriellen, den Kämpfern ihrer eigenen Sache.

Daran ändert nichts, daß die schwächeren Verbände sich mit den Gewerkschaften ihrerseits abfinden müssen, wenn auch unter für sie günstigeren Umständen als früher die Einzelunternehmer. Auch für die hat der Verband die größten Gefahren beseitigt. Er hat die Streik Klausel für das Gewerbe durchzusetzen verstanden, er hindert den Dultiber durch die Waffe der Materialsperr, wodurch er die Lieferanten zu Helfern seines Kampfes macht, vom Abfall, und schließlich sichert er unter allen Umständen die Gleichheit der Konkurrenzbedingungen, indem er besondere Ermäßigungen einzelner verhindert. Am besten geschieht dies durch den Tarifvertrag, die gemeinsame Vereinbarung des Arbeitsvertrages von Organisation zu Organisation. Der Tarifvertrag entspricht auch den Interessen der Gewerkschaft, da er die erreichten Erfolge für das ganze Gewerbe sofort verallgemeinert. Sein Nachteil ist, daß er den Zeitpunkt für eine neue Vereinbarung im voraus festsetzt und so der Gewerkschaft die Wahl der Kampfzeit nimmt. Da aber schon durch die Existenz des Unternehmerverbandes selbst der Gewerkschaft nicht mehr allein die Wahl des Zeitpunktes freisteht, so trifft dieser Umstand in gleicher Weise beide Organisationen; immerhin trägt er ein Moment des Zufalles in den künftigen Kampf und macht es daher zu dem Bestreben einer starken Gewerkschaft, die Dauer des Tarifvertrages nicht so zu wählen, daß die Ausnutzung einer Hochkonjunkturperiode dadurch eventuell unmöglich würde.

Mietrecht, Wohnungsnot, Mieterstreik.

Die Fragen über das Mietrecht werden namentlich jetzt unter der herrschenden Wohnungsnot vielfach erörtert. Hand in Hand damit gehen die weiteren Streitfragen über Mietabzüge, die sich sogar schon in einzelnen Großstädten bis zu Mieterstreiks ausgebreitet haben. Während des Krieges hat eine ganze Anzahl von Hausbesitzern den Kriegerfrauen die Miete entsprechend ermäßigt; andere dagegen haben dies abgelehnt und Klagen zurzeit rückstandslos die rückständigen Beträge ein. Für diese Schulden haftet der zurückgekommene Ehemann gesetzlich. Nur wenn der Hausbesitzer nach der Verurteilung zur Zahlung die Zwangsvollstreckung gegen den Mieter, falls dieser Kriegsteilnehmer war, betreiben will, bedarf er bis zum 30. Juni 1920 hierzu der Zustimmung des Amtsgerichts. Da die Hausbesitzer die letzten Jahre fast gar keine Reparaturen und Renovierungen der Wohnungen haben vornehmen lassen, stößt ihr Verlangen nach fortwährenden Mietererhöhungen begreiflicherweise immer mehr auf Widerspruch der Mieter. Ist nun nach § 535 des Bürgerlichen Gesetzbuches der Mieter verpflichtet, dem Vermieter den vereinbarten Mietzins zu entrichten, so hat nach dem § 536 des Bürgerlichen Gesetzbuches der Vermieter die vermietete Sache dem Mieter in einem zu dem vertragsmäßigen Gebrauch geeigneten Zustand zu überlassen und sie während der Mietzeit in diesem Zustand zu erhalten. Demnach muß der Vermieter gesetzlich alle notwendigen Ausbesserungen auf seine Kosten übernehmen. Durch Mietverträge wird in dieser Beziehung jedoch vieles auf die Mieter abgewälzt. Eine Vereinbarung aber, durch die die Verpflichtung des Vermieters zur Vertretung von Mängeln der vermieteten Sache erlassen oder beschränkt wird, ist nichtig, wenn der Vermieter den Mangel arglistig verschweigt. Falls die vermietete Sache zur Zeit der Ueberlassung an den Mieter mit einem Fehler behaftet ist, der ihre Tauglichkeit zu dem vertragsmäßigen Gebrauch aufhebt oder vermindert, oder entsteht im Laufe der Mietzeit ein solcher Fehler, so hat nach § 537 des Bürgerlichen Gesetzbuches der Mieter das Recht, für die Zeit, während der die Tauglichkeit aufgehoben ist, die Entrichtung des Mietzinses gänzlich zu verweigern, für die Zeit, während der die Tauglichkeit gemindert ist, den Mietzins nur teilweise zu zahlen, je nachdem sich die Fehler oder Mängel zeigen. Also nur bei völliger Aufhebung der Gebrauchsmöglichkeit wird der Mieter ganz, andernfalls nur

teilweise von der Mietzahlung befreit. Ist nun ein Mangel der im § 537 bezeichneten Art bei dem Abschluß des Vertrages vorhanden, oder entsteht ein solcher Mangel später infolge eines Umstandes, den der Vermieter zu vertreten hat, oder kommt der Vermieter mit der Beseitigung in Verzug, so kann der Mieter nach § 538 des Bürgerlichen Gesetzbuches, statt die im § 537 bestimmten Rechte geltend zu machen, Schadenersatz wegen Nichterfüllung verlangen. Im Falle des Verzugs des Vermieters — wenn er vergeblich zur Beseitigung der Mängel unter Hinweis auf die §§ 537, 538 bis zu einem bestimmten Tage aufgefordert worden ist — kann der Mieter den Mangel selbst beseitigen und Ersatz der erforderlichen Aufwendungen fordern. Unter den Mängeln, die den vertragsmäßigen Gebrauch aufheben, fällt auch das Auftreten von Ungeziefer. Ob der Mieter auf Kosten des Vermieters Desinfektions- und Tapezierarbeiten, die nicht durchaus notwendig sind, vornehmen lassen kann, muß von Fall zu Fall entschieden werden. Zeigt sich im Laufe der Mietzeit ein Mangel der gemieteten Sache, dann muß der Mieter dem Vermieter sofort Anzeige machen und innerhalb einer bestimmten Frist die Abstellung des Mangels verlangen. Unterläßt der Mieter die Anzeige, dann kann er eventuell zum Schadenersatz herangezogen werden und die im § 537 bestimmten Rechte nicht geltend machen. Aus diesen gesetzlichen Bestimmungen ergibt sich, daß die Hausbesitzer die Pflicht haben, die Wohnungen nicht allein in ordnungsgemäßen Zustand zu übergeben, sondern sie auch während der Mietzeit hierin zu erhalten. Wollen sie die Miete pünktlich einstreichen und diese fortwährend noch erhöhen, dann mögen sie namentlich an die angeführten Paragraphen erinnert werden. Ist dies erfolglos, dann ist den Mietern nur zu empfehlen, von ihren in diesen Paragraphen erwähnten Rechten Gebrauch zu machen. Und daran kann sie niemand trotz Wohnungsnot hindern.

In Berlin haben nun bereits am Sonntag, 4. Januar, etwa 10 000 Mieter im Lustgarten eine große Kundgebung gegen die Hausbesitzer veranstaltet. Gefordert wurde u. a. die restlose Durchführung des neuen preussischen Wohnungsgesetzes, die Einführung des Reparaturzwanges und von der Regierung die baldige Vorlage eines Gesetzes, das die Tilgung der Mieterrückstände der Kriegsteilnehmer regelt. Die Mietsteigerungen wurden mit 15 bis 20 pSt. Zuschlag auf die Friedensmiete als ausreichend für die Deckung der allgemeinen Unkosten erachtet. Schließlich wurde auch noch der Mieterstreik in Erwägung gezogen, der in Hamburg am 1. Januar bereits teilweise eingeleitet hat. Minister Stegerwald, der in Berlin eine Deputation der Mieter empfangen hat, äußerte sich darüber gegenüber u. a. wie folgt: „Solange die außerordentlich große Wohnungsnot andauert, ist die Wohnungsrationierung ebenso notwendig wie die unserer Lebensmittel, solange die Lebensmittelnot dauert. Durchführbar ist die Rationierung nur, wenn gleichzeitig mit ihr ein energischer Kampf gegen den Mietwucher geführt wird, der bei der immer stärker werdenden Wohnungsnot unter Ausschaltung der Einigungsämter immer ärgere Formen annimmt. Der Wohnungswucher ist besonders gefährlich. Denn die Mietzinssteigerungen ziehen das gerade in der gegenwärtigen Zeit sichere Anlagen suchende Kapital an, das wir für die zur Behebung der Wohnungsnot dringend notwendigen Neubauten brauchen...“ Also auch der Minister hält den Kampf gegen den Mietwucher für notwendig. Da man in Berlin den Mieterstreik in Erwägung gezogen und dieser in Hamburg-Altona bereits teilweise ausgebrochen ist, so soll auf seine rechtlichen Folgen noch kurz eingegangen werden. Im „Hamburger Echo“ führt hierzu Rechtsanwalt Dr. Horowitz u. a. aus, „daß die Stellungnahme der Mieter, die Wohnung zu behalten und einseitig die Mietzahlung ablehnen, im geltenden Recht keine Stütze finde. Wenn der Mieter die Wohnung nicht kündigt und nicht verläßt, behält der Vermieter nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch den Anspruch auf Zahlung der vereinbarten Miete. Bezahlt der Mieter seine Miete am Fälligkeitstermin nicht und erhebt der Vermieter Klage auf Zahlung, so würde jedes Gericht den Mieter zur Zahlung verurteilen müssen. Selbstverständlich nur dann beziehungsweise insoweit, als dem Mieter nicht Einwendungen wegen Mängel der Wohnung usw. zur Seite stehen. Erfolgt jedoch Verurteilung, so hat der Mieter die hohen Prozeßkosten zu tragen und obenrein noch mit der Kündigung zu rechnen.“ — Weist nun der Mieter eine ihm zu hoch erscheinende Mietsteigerung zurück, dann kann der Vermieter nur noch nach vorheriger Zustimmung des Mieteeinigungsamts kündigen. Erlaubniserteilung und Kündigung müssen vor dem Kündigungsstermin liegen. Wer nach dem 1. August 1919 eine Wohnung gemietet hat, kann innerhalb zweier Wochen nach Abschluß des Vertrages vom Mieteamt eine Herabsetzung des vereinbarten Mietzinses verlangen, wenn er unter dem Druck der Wohnungsnot einer übermäßigen Miete zugestimmt hat. Dann finden die Mieter noch entsprechenden Schutz in der preussischen Verordnung vom 9. Dezember 1919 (siehe „Zimmerer“ Nr. 52 für 1919). Hauptsächlich werden ähnliche Vorschriften bald auch für die übrigen

Bundesstaaten erlassen. Wenn dann die Mieter noch die ihnen nach den §§ 537 und 538 des Bürgerlichen Gesetzbuches zustehenden Rechte wahrnehmen, so werden den Hausbesitzern die Bäume schon nicht in den Himmel wachsen.

Unsere statistischen Feststellungen vom 27. Dezember 1919.

816 Zahlstellen haben berichtet und einen Mitgliederbestand von 75 835 nachgewiesen. Arbeitslos waren 8449 oder 4,55 pSt. und krank 1094 oder 1,44 pSt. Wie es in den einzelnen Provinzen und Bundesstaaten sieht, zeigt nachstehende Tabelle:

Provinzen oder Bundesstaaten	Anzahl der an den Feststellungen beteiligten		Von den Mitgliedern (Spalte 3) sind	
	Bezahlten	Witwlichen	arbeitslos	krank
1	2	3	4	5
Ostpreußen	32	2514	268	29
Westpreußen	17	1697	166	24
Brandenburg	88	8175	255	109
Pommern	50	2565	240	58
Posen	8	441	41	12
Schlesien	67	7649	869	108
Sachsen	61	5256	80	19
Schleswig-Holstein	53	2696	158	38
Hannover	61	3660	74	55
Westfalen	90	1528	8	24
Hessen-Nassau	17	2299	22	28
Rheinland	19	2616	2	46
Preußen	498	41094	1688	544
Bayern	61	5555	211	86
(Rheinpfalz)	2	464	—	12
Sachsen	65	11761	1083	144
Württemberg	28	2420	45	31
Baden	11	1336	1	30
Hessen	7	827	4	16
Mecklenburg-Schwerin	46	1557	79	29
Sachsen-Weimar	9	1140	13	23
Mecklenburg-Strelitz	8	248	88	6
Oldenburg	12	819	17	14
Braunschweig	11	630	—	10
Sachsen-Meiningen	10	675	8	10
„Altenburg	8	719	28	9
„Coburg-Gotha	6	758	24	14
Anhalt	10	544	1	20
Schwarzburg-Sondershausen	2	104	—	4
„Rudolstadt	7	252	25	3
Waldeck	2	33	—	—
Neuß a. L. (Greiz)	2	160	1	1
i. L. (Gera)	4	454	9	16
Schaumburg-Lippe	3	89	—	2
Vorpommern	2	68	—	2
Lübeck	1	850	3	6
Bremen	1	799	23	19
Hamburg	4	2984	153	43
Schleswig-Holstein	—	—	—	—
Deutsches Reich	816	75835	3449	1094

Eine wesentliche Steigerung weist die Arbeitslosenziffer auf. Während nach den Feststellungen für den 29. November auf je 100 Mitglieder 1,85 Arbeitslose entfielen, kommen nach dem vorliegenden Ergebnis auf je 100 Mitglieder 4,55 Arbeitslose. Ob wir es hier mit einer tatsächlichen Zunahme der Arbeitslosigkeit zu tun haben, oder ob diese Steigerung auch dem Umstande mit verschuldet ist, daß an dem Erhebungstermin, dem zwischen dem 2. Weihnachtstage und einem Sonntag fallenden Werttag, in zahlreichen Betrieben ausgefehrt worden ist, ist nicht festgestellt. Aber selbst wenn die Steigerung der Arbeitslosenziffer auf eine Zunahme der Arbeitslosigkeit zurückzuführen wäre, dann bliebe diese doch noch weit hinter der Arbeitslosigkeit in normalen Zeiten zurück, wo im Dezember durchschnittlich auf 100 Mitglieder 13,80 Arbeitslose entfielen.

Nicht oder zu spät berichtet haben folgende Zahlstellen. Die zu spät berichtet haben, sind durch einen Stern (*) kenntlich gemacht:

- Brandenburg: Beelitz, Cüstrin, Dahme, Hennigsdorf, Joachimsthal, Liebenwalde, Luppehne, Oberberg, Peitz, Perleberg, Sommerfeld, Welten.
- Pommern: Bahn, Belgard, Fibbichow, Garz auf Rügen, Greifenberg, Greifenhagen, Gültow, *Jarmen, Kolberg, Laffan, Mörenberg, Zimmowitz.
- Posen: Grünberg, Hohensalza, Rothenburg a. d. Obra, Samter, Wreschen.
- Schlesien: Görlitz, Goyerswerda, Löwenberg, Rattibor, Reichenbach, Seidenberg, Trachenberg, *Weißwasser.
- Provinz Sachsen: *Annaburg, Bad Sachsa, Eisleben, Gardelegen, Halberstadt, *Mültenberg, Mühlhausen, Nordgermersleben, Salzwedel, Schönebeck, Stendal, *Weserlingen, Zeitz.
- Hannover: Aurich, Bramsche, Föhrde, *Goslar, Gronau, Neuhaus a. d. E., Obermarschacht, Uslar, Uetze, Walsrode, *Winsen a. d. Luhe.
- Westfalen: Bad Deynhausen, Gelsenkirchen.
- Hessen-Nassau: Fulda, Marburg, Ufingen, *Wiesbaden, *Wolfenhausen.
- Heinland: Wehlar.
- Bayern: Gunzenhausen, Lindenberg, *Pfaffenhofen, Weilheim.
- Rheinpfalz: Frankenthal, Landau, Speyer.
- Sachsen: Reigersdorf, Riesa.

Die sprunghafte Verteuerung in den Herbstmonaten fällt und wofür ja auch die Unternehmer von den Bauauftraggebern entschädigt werden. Kamerad Buche schlug endlich vor, daß die Versammlung dem Vorschlag der Arbeitgeber, den Schlichtungsausschuß anzurufen, zustimmen möge. Nach Ausführungen mehrerer Disziplinarredner wurde so beschlossen. Infolge vorgerückter Zeit konnten die zwei andern Punkte nicht mehr erledigt werden. Die Versammlung vertagte sich.

Breslau. Am 23. Dezember fand unsere Mitglieder-versammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: Bericht-erstattung bezüglich einer erneuten Teuerungszulage; Neu-wahl des Vorstandes; Neuwahl der Kartelldelegierten so-wie der Parabeure; Verbandsangelegenheiten. Zum ersten Punkt gab Kamerad Goldschmidt einen Ueberblick über die gepflogenen Verhandlungen vor dem Haupttarifamt und über die am 9. Dezember vor dem Reichsarbeitsministerium zugestandene zehnprozentige Teuerungszulage. Unsere Vertreter wiesen darauf hin, daß nur eine Verhütung im Baugewerbe stattfinden kann, wenn nach den tatsächlichen Teuerungsverhältnissen eine Teuerungszulage erfolge, die sich den Preissteigerungen anpasse. Wir können also nur die zugestandene zehnprozentige Zulage als eine Abschlags-gahlung anerkennen und fordern, daß den heutigen Ver-hältnissen noch eine angemessene Teuerungszulage gezahlt werde. In der nun scharf einsetzenden Diskussion wurde das Anerbieten nur als eine Abschlagszahlung und nicht als ein Ausgleich zu der jeweiligen Teuerung, die besteht und täglich weiter steigt, betrachtet. Es gelangte daher folgende Resolution zur Annahme: Die am 23. Dezember im Gewerkschaftshause tagende Mitgliederversammlung der Zahlstelle Breslau des Zentralverbandes der Zimmerer nimmt Kenntnis von den zentralen Verhandlungen und ihrem vorläufigen Ergebnis. Sie bedauert, daß den gegen-wärtigen Teuerungsverhältnissen und den dauernden Preis-steigerungen sämtlicher Bedarfsartikel nicht sofort genügend Rechnung getragen wurde und beauftragt die Zahlstelle und Zentralkommission, alle Mittel anzuwenden, um eine den Verhältnissen entsprechende Teuerungszulage, rückwirkend ab 11. Dezember, durchzusetzen. Hierauf wurden die Vor-standsarbeiten vorgenommen. Zu Vorsitzenden wurden ge-wählt die Kameraden Höhne und Jänich, zu Schriftführern Mischke und Frey, zum Kassierer Barisch, zu Revisoren Mannig und Wiesner. Gegen die Geschäftsführung des Lokalangestellten Kameraden Goldschmidt wurden Einwen-dungen nicht erhoben und ihm das Vertrauen weiter ent-gengebracht, das er bisher von den Kameraden besaß. Als Kartelldelegierte wurden die Kameraden Winkler und Stope gewählt, zu Parabeuren die Kameraden Scholz, August, Wilhelm und Hartmann. In „Verbandsangelegen-heiten“ wies Kamerad Goldschmidt die Kameraden darauf hin, daß sie bei Entlassungen sich sofort als Selbstzahler bei der Krankenkasse anmelden sollten, um nicht der ärzt-lichen Behandlung und Arznei verlustig zu gehen, wie es einigemal der Fall gewesen ist. Im Anschluß hieran be-rückte er von der stattgefundenen Schlichtungskommissions-sitzung, wo es sich um Bezahlung der Laufstunden handelte. Es ist zu bedauern, daß die Kameraden die Bezahlung der Laufstunden nicht forderten, die ihnen laut Tarif zustehen, es würden sich solche Sitzungen erübrigen. Im weiteren stellte er den Kameraden anheim, daß sie ihn bei Aus-übung von Kontrollen auf Plätzen und Bauten tatkräftig unterstützen, und bei Verweisungen von den Plätzen ihm zur Seite stehen sollen. In der Schlichtungskommissions-sitzung sei ihm das angebroht worden, wobei der Unter-nehmer Dörfer sich zu der Drohung hinreißen ließ, daß er ihn vom Platze hinauswerfen würde und noch seinen Mann stelle. Die Kameraden sollten sich das wohl merken und in solchen Fällen ihm tatkräftig zur Seite stehen, dem Unternehmer erklären, daß sie gleichfalls die Arbeitsstelle verlassen, wenn ihr Vertreter nicht mit ihnen reden darf. Die Kameraden haben also alle Ursache, auf dem Posten zu sein, um solchen Unternehmerrschheiten entgegenzutreten zu können. Hierauf wurden von Kamerad Mischke die in letzter Zeit sich abspielenden Vorgänge angeführt. Von den Gewerkschaften kann das unmöglich gutgehen werden, wenn sich der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells, Genosse Seibold, als Vertreter der Gewerkschaften sowie herabläßt und sich zum Abchiedessen des Staatskommissars Hörting begibt, an dem die reaktionärsten Offiziere und sonstigen Geklingel teilnehmen. Das Beschämendste für uns ist, daß er sich mit einem Offizier an einen Tisch setzt, der in letzter Zeit Provokationen trieb und der Breslauer Ar-beiterschaft Anlaß gab, gegen dieses Treiben Stellung zu nehmen. Dies geschah in einer am 12. Dezember statt-gefundenen Versammlung der Sozialdemokratischen Partei, wo Genosse Seibold selbst für die Sache mit eintrat, und in der die Forderung aufgestellt wurde, daß der Truppen-führer Aulod mitsamt seiner Truppe sofort von hier zu entfernen und letztere aufzulösen sei. Nimmt Noste keine Notiz davon, so soll zum allerletzten Mittel, zum Generals-treit in Breslau, aufgefordert werden, um die Entfernung zu erzwingen. Zu solch einem Kartellvorsitzenden und Ar-beiteführer kann die Arbeiterschaft unmöglich Vertrauen besitzen, deshalb müssen wir Zimmerer gegen sein Be-nahmen Protest erheben und zum Ausdruck bringen, daß wir zu solchen Personen kein Vertrauen mehr haben können. Die Kameraden Winkler, Stope, Peter und andere brachten gleichfalls zum Ausdruck, daß hierzu ganz ener-gisch Stellung genommen werden muß, weil dies nur schädigend für unsere Gewerkschaftsinteressen wirken kann. Die Kameraden Schmidt, Goldschmidt und Richard Mischke führten an, daß man erst mal das Resultat der Unter-suchungskommission beziehungsweise die Maßnahmen des Kartells abwarten solle, das doch schon Stellung hierzu genommen habe. Man sollte nicht immer gleich den Stab über Personen brechen, sondern objektiv beurteilen, was die Presse bringt und wie die Öffentlichkeit denkt. Auch sollte man jetzt keine Maßnahmen ergreifen, und warten die Redner vor Schritten, die für uns im Kartell schädigend sein können. Es ging folgender Antrag ein: „Die Ver-sammlung verurteilt das Verhalten des Kartellvorsitzenden, Genossen Seibold, daß er an dem Abchiedessen teilnahm, wo die reaktionärsten Offiziere und besonders der Truppen-führer Aulod anwesend waren. Sie spricht ihm bis zur Markierung dieser unrichtigen Handlungsweise das Ver-trauen ab, als Vorsitzender des Kartells und als Arbeiter-führer bis auf weiteres zu fungieren.“ Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Alsdann wurde

dem Vorstandsbeschluß Zustimmung erteilt, einem Kame-raden, der im Jahre 1912 beim Bau der Kaiserbrücke ver-unglückte und der noch immer krank darniederliegt, M 50 als Unterstützung zu bewilligen. Desgleichen fand ein Antrag des Kameraden Götz Annahme, den invaliden oder nicht mehr arbeitsfähigen und kranken Kameraden, die schon länger als 6 Wochen krank sind, eine Weib-nachtsunterstützung zu gewähren, und zwar sollen die-jenigen, die dem Verbands 1 bis 3 Jahre angehören, M 20, über 3 Jahre M 50 erhalten. Es fanden noch einige interne Angelegenheiten ihre Erledigung, worauf Schluß der Versammlung eintrat.

Canth i. Schl. Am 4. Januar fand hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Der Gauleiter be-sprach die augenblickliche Lage. Der zehnprozentige Teue-rungszuschlag stellte nicht das dar, was der Zimmerer-brauche, um existenzfähig zu bleiben. Es komme hinzu, daß mit der Bemessung der Zulage nach Prozenten die Spannung im Lohne zwischen Groß- und Kleinstadt immer größer anstatt kleiner werde. Canth liege in unmittelbarer Nähe des Breslauer Tarifgebiets, besitze einen bedeutenden Vorratverehr; der Stundenlohn betrage in Breslau M 2,75, in Canth M 1,95. Dieser Unterschied sei ganz unbegründet und bedeute die schlimmste Ungerechtigkeit. Schuld daran tragen allerdings zum größten Teil die Kameraden selbst. Erst in letzter Zeit sei das Organisationsverhältnis besser geworden. Die Arbeitgeber in Canth haben die Gleich-gültigkeit unserer Kameraden weidlich ausgenutzt; voran Herr Köppler, der rechtliche Kriegsgewinne gemacht, auf dem Geldsack sitzt, aber den Zimmergehilfen die 10 pSt. Teuerungszulage sowie die tarifliche Handwerkszeugzulage nicht bezahlen kann. Nicht genug damit, hat er auch die andern Arbeitgeber in Canth abgeredet, den Zimmer-gehilfen den tariflichen Lohn zu bezahlen. Herr Köppler war ehemals Vorstandsmitglied im Arbeitgeberbund Bres-lau-Land und ist heute noch ein eifriges Bundesmitglied. Wenn sich Unternehmer so verhalten, braucht sich der Arbeit-geberbund nicht zu wundern, wenn die Zimmerleute zu Arbeitseinstellungen greifen. In der Diskussion wurde ausgeführt, daß es nicht zu verwundern sei, wenn sich die Unternehmer ein solches Verhalten erlauben. So könnten die Zimmerer Freund und Kamatschi, beide wohnhaft in Paschwitz, heute noch als Unorganisierte herumlaufen. Früher hätten sie den größten Mund gehabt, den Verband bei jeder Gelegenheit heruntergerissen, weil nicht radikal genug vorgegangen würde, heute möchten sie am liebsten den Arbeitseinstellungen morkieren. Die Kameraden waren sich darin einig, daß solchen Konstanten zum Frühjahr auf die Bude gerückt werden müsse. Die Abrechnung für das vierte Quartal ergab für die Zentralkasse eine Einnahme von M 313,80. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von M 85,40, eine Ausgabe von M 22,11, so daß ein Kassen-bestand von M 63,29 verblieb. Nachdem noch beschlossen war, zum Frühjahr eine allgemeine Agitation zu entfalten, wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Daber. An der am 4. Januar stattgefundenen Mit-gliederversammlung nahmen 26 Kameraden teil. Erster Punkt der Tagesordnung war die Wahl des Vorstandes. Alle Posten wurden besetzt. Der Kassierer erstattete hierauf den Kassenbericht vom vierten Quartal. Der Bericht wurde genehmigt. Unter „Verschiedenes“ wurde die letzte Teue-rungszulage besprochen und mitgeteilt, daß die Unter-nehmer sie bewilligt und auch nachgezahlt hätten. Voll-gehilfen erhalten 20 p, Junggehilfen und Hilfsarbeiter 15 p Zulage. Unsere Mitgliederversammlungen sollen Sonntags nach dem 1. im Monat stattfinden, und zwar regelmäßig, damit sich die Kameraden daran gewöhnen und stets pünktlich erscheinen. Wer nicht kommt, wird in eine Geldstrafe genommen, die in die Lokalkasse fließt. Unser Kamerad Fritsch Schmidt scheidet wegen Alterschwäche und andauernder Krankheit aus der Zahlstelle aus.

Dresden. Am 22. Dezember fand eine Mitglieder-versammlung statt. Kamerad Melzer berichtete über das vorläufige Ergebnis der zentralen Verhandlungen, die uns einen Teuerungszuschlag von 26 1/2 p gebracht haben, was wohl der heutigen Teuerung kaum entsprechen dürfte. Die gewinnstüchtigen Unternehmer haben sich großzügig gezeigt und die Teuerungszulage von 26 1/2 auf 27 p abgerundet. Die Aussprache hierüber ergab, daß die Zimmerer Dresdens auf keinen Fall hinter der Teuerungszulage in Leipzig zur-ückstehen wollen; sie verurteilen die Verschleppungspolitik der Unternehmer aufs schärfste. Es wurde folgende Ent-scheidung gefaßt und einstimmig angenommen: „Die Versammlung protestiert aufs schärfste gegen die Verhand-lungen auf zentraler Grundlage. Laut § 5 Absatz 1 des Reichstarifvertrages ist die Regelung des Stundenlohnes eine rein örtliche Angelegenheit. Sie erblickt in dem Ver-streben des Arbeitgeberverbandes, die Löhne zentral abzu-schließen, eine Verschleppungspolitik, die uns in die schlech-teste Jahreszeit hineinführt, wo wir machlos der Diktatur der Arbeitgeber ausgeliefert sind. Wir protestieren weiter gegen die Ansicht des Regierungsvertreters, daß 10 pSt. des jeweiligen Lohnes ausreichend sind, um über die jetzt bestehende große Teuerung hinwegzukommen. Wir for-dern, daß der Rest der Teuerungszulage auf schnellstem Wege festgelegt wird, da sonst durch Unterversorgung die Arbeitskraft der Zimmerer immer mehr herabgedrückt wird und die Ruhe im Baugewerbe nicht für die Dauer gewahrt werden kann. Nur durch die Erfüllung des Protestes kann die Arbeitsfreudigkeit im Baugewerbe erhalten und Ar-beitseinstellung für die Zukunft vermieden werden.“ Dann berichtete Kamerad Melzer noch über die einzelnen Bau-sperren. Die Aussprache ergab, daß die Zimmerer Dres-dens geschlossen hinter ihrer Organisation stehen. Die Aufhebung des Arbeitsnachweises durch die Arbeitgeber rief bei den Versammelten großes Aufsehen hervor; sie beschlossen, an den Bestimmungen und dem Bestehen des paritätischen, von Gesetzes wegen zugelassenen Arbeits-nachweises festzuhalten. Kamerad Melzer berichtete weiter über den Stand der Streiks auf den verschiedenen Bau-stellen. Auch beleuchtete er die Rücksichtslosigkeit der Unter-nehmer, indem er ein Schreiben mitteilte, welches folgende Fragen an die Zahlstelle Dresden richtete: 1. Wird der Streik von Ihnen unterstützt beziehungsweise zahlen Sie Streikgelder? Uns ist dieses Gerücht zugetragen worden. 2. Sind vom Arbeitsnachweis Leute nach der Baustelle

geschickt worden? 3. Sind Streikposten gestellt worden be-ziehungsweise haben Sie Ihre Zustimmung dazu gegeben? 4. Welche Mittel haben Sie angewandt, die Zimmerer zur Arbeitsaufnahme zu bewegen, nachdem nunmehr in Berlin offiziell der Beschluß gefaßt worden ist, eine zehnprozentige Teuerungszulage zu zahlen? (Die Zimmerer streiten immer noch.) 5. Haben Sie Ihre Zimmerer nicht mehr in der Gewalt, so daß wir Ihre Vertretung in der Schlichtungskommission nicht mehr als Beauftragte der Organi-sation zu betrachten haben? 6. Wie gedenken Sie nunmehr dem Tarifvertrag Geltung zu verschaffen, wenn Sie Frage 5 bejahen? Wir bitten um umgehende Beant-wortung vorstehender 6 Fragen und zeichnen inzwischen hochachtungsvoll Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe zu Dresden. Gustav Kirsten, Vor-sitzender. Die Versammlung spricht ihre Entrüstung über das Benehmen der Unternehmer aus, die von der Revolu-tion wahrscheinlich noch nichts bemerkt haben, sie versichert aber, dem Unternehmertum bei gegebener Zeit für sein freches Benehmen heimzuzahlen, so wie es ihm gebührt. Weiter wurde ein Antrag eingebracht, welcher besagt, für die streitenden Kameraden auf allen Baustellen Geld zu sammeln. Dieser Antrag wurde von den Streitenden ab-gelehnt, das beweist die Opferwilligkeit und den Kampfes-mut der Streitenden. Dann verlas Kamerad Melzer ein Schreiben vom Arbeitgeberverband, welches über die Auf-hebung des paritätischen Arbeitsnachweises am 1. Januar 1920 spricht. Dieses Schreiben feht der Freiheit der Unter-nehmer die Krone auf. Die Dresdner Zimmerer stehen aber auf dem Standpunkt, daß diese soziale Erregung des paritätischen und gesetzlich anerkannten Arbeits-nachweises dem Baugewerbe niemals entrisen wird. Sie wer-den, an den Vorschriften des paritätischen Arbeitsnachweises festhalten. Mit einem kurzen Appell an die Versammelten, unsere Organisation zu einem festen Ball gegen das Unternehmertum ausgestalten zu helfen, schloß er die Ver-sammlung.

Gernfurde. Am 23. Dezember 1919 fand eine von der Lohnkommission einberufene kombinierte Versammlung der Zimmerer und Bauarbeiter statt, die von allen ar-beitenden Kameraden besucht war. Sie beschäftigte sich mit der Teuerungszulage. Die Lohnkommission erstattete Be-richt über die Verhandlungen mit den Unternehmern zwecks Regelung der zentralen Teuerungszulage in Höhe von 10 pSt. auf den jeweiligen Stundenlohn. Nach Anhören der Vorschläge der Unternehmer, die uns auf einen aus-der Luft gegriffenen Stundenlohn von M 2,30 10 pSt. be-willigen wollten, gab es in der Versammlung allgemeine Entrüstung, da nach den zentralen Abmachungen die jetzigen Stundenlöhne in Anrechnung zu bringen sind. Nach einer sehr lebhaften Debatte wurde, um allem Zweifel aus dem Wege zu gehen, durch Stimmzettel darüber abgestimmt, ob die zentralen Abmachungen oder der Phantasienvorschlag der Unternehmer für uns in Frage kommt. Einstimmig entschied sich die Versammlung für die zentralen Ab-machungen.

Am 2. Januar fand unsere regelmäßige Monats-versammlung statt. Die Tagesordnung umfaßte: Kartell-bericht, Urlaubsfrage und Verschiedenes. Der Vorsitzende gab bekannt, daß die Unternehmer sich bereit erklärt haben, uns die Teuerungszulage nach den zentralen Abmachungen, also zu unserm Stundenlohn von M 2,45, zu zahlen. Da der Kartelldelegierte entschuldigt fehlte, wurde der Kartell-bericht zurückgestellt. Die Urlaubsfrage zeitigte eine längere Debatte, die dahin führte, daß der Vorstand be-auftragt wurde, bis zu den ersten Verhandlungen nochmals nach unsern Vorlagen das Gezeignteste auszuarbeiten. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde eine Auseinandersetzung unter lebhafter Debatte erledigt. Dann trat Schluß der schwach besuchten Versammlung ein.

Friedrichshagen. Außerordentliche Generalversamm-lung am 21. Dezember 1919. Auf der Tagesordnung stand: Jahresbericht des Vorstandes und Neuwahl desselben. Be-richt über die Verhandlungen, betreffend eine Teuerungszulage. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Kamerad G. Siebert führte aus, daß der Friedensvertrag nicht das gebracht habe, was wir dachten. Wir seien der Entente ausgeliefert, diese sei nun Diktator. Seit der Re-volution sind ja unsere Lohnverhältnisse ganz ansehnlich gestiegen, aber gegen die Lebensmittelpreise noch lange nicht genug. Der deutsche Arbeiter hat immer sehr fleißig und tüchtig gearbeitet, seine Ware wurde auf dem Welt-markt immer gelobt. Wir sollen nicht verzweifeln; denn das deutsche Volk wird sich schon wieder emporarbeiten. Ferner teilte er mit, daß in diesem Jahre 10 Mitglieder-versammlungen, 8 außerordentliche und eine Generalver-sammlung stattgefunden habe. 3 Kameraden seien ge-storben, und zwar F. Anger, R. Müller und G. Kofe. 2 Kameraden, O. Schulz und P. Wurow, befinden sich noch in Gefangenschaft. Dann sprach er noch über den Ver-bandstag, hauptsächlich über die Unterstützungen. Ferner führte er an, daß unsere Zahlstelle an erster Stelle stehe und die Interessen des Verbandes vertrete. Wir sollen dahin streben, daß der letzte Mann zum Verband heran-gezogen wird; denn es dürfe keiner mehr unorganisiert herumlaufen. Wenn wir alle danach streben und danach handeln, so können wir mit ruhigem Blick in die Zukunft schauen. Eine Diskussion fand nicht statt. Die Versamm-lung war mit der Arbeit des Vorstandes einverstanden und zufrieden. Dann wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Den Bericht über die Verhandlungen, betreffend eine Teuerungszulage, erstattete der Vorsitzende G. Siebert. Er konnte der Versammlung noch kein Hares Bild geben, da die Verhandlungen noch nicht beendet sind. Dann verlas er das Schriftstück vom Zentralvorstand und erläuterte es der Versammlung. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom dritten Quartal, die für richtig befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Die gesammelten Gelder auf Sammellisten für den Kameraden W. Schulz betragen M 57,50. Kamerad G. Siebert teilte im Namen des Vorstandes mit, daß der Zimmerer Gustav Schulz zur Vorstandssitzung geladen und auch erschienen war. Kame-rad Siebert setzte dem Schulz alles auseinander, worauf Schulz sich auf den Standpunkt stellte, daß er allein keine Schuld habe und er mit seinen alten Rechten wieder in den Verband aufgenommen werden müßte, was die Vor-

landsitzung rundweg ablehnte. Damit ist der Fall Schulz endgültig erledigt. Kamerad Karlich tadelte, daß die Sammellisten so wenig Geld gebracht hätten und daß die Versammlungen so schlecht besucht seien. Es sprachen noch etliche Kameraden zu dieser Sache. Kamerad E. Zahrent-holz meinte, daß die Versammlungen so schlecht besucht seien, läge auch mit daran, daß der Vorsitzende seine Vor-träge immer so in die Länge ziehe, daß die Versamm-lungen dadurch so spät zu Ende sind. Ferner, daß Kamerad F. Krüger den Posten des ersten Vorsitzenden nur aus poli-tischem Interesse annehmen wollte. Den Posten des stell-vertretenden Kassierers konnte er nicht annehmen, weil er schon einen Posten in einer andern Organisation habe. Nach Erledigung verschiedener internen Angelegenheiten, wobei es recht lebhaft zugeht, wurde Schluß der Versamm-lung gemacht.

Glag. Am 28. Dezember tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, die trotz des schlechten Bahnver-lehrs ziemlich gut besucht war. Kamerad Schmidt aus Breslau erläuterte die zentralen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberbunde. Er unterzog das Verhalten des Ar-beitgeberbundes, der den Zimmerern Vertragsbruch zu unterschieben versuchte, einer scharfen Kritik. Die neue Steuerzulage wurde von den hiesigen Zimmerern als nicht befriedigend aufgenommen, da man durch die Steu-erung der Lebensmittel alles wieder zu Wasser macht. Kamerad Galupczok wandte sich scharf gegen das neue Steuersystem, in dem man wiederum den größten Teil dem arbeitenden Volke aufpackt und dadurch dem Arbeiter nur die Arbeit bereitet und die Arbeitslust von oben geschiebt, das Kapital aber verschont und die Arbeiter-schaft mit Gewalt ins kommunistische Lager treibt. Dann wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Unter „Ver-schiedenes“ regte Kamerad Nachmit die Angelegenheit der letzten Kartellbildung vom 21. Dezember 1919 an. Hierzu ergriß Galupczok das Wort, der in sachlicher Weise den Kameraden vor Augen führte, daß unter den führenden Genossen in Glag eine Rivalität besteht. Um der Ar-beitersache nicht noch mehr zu schaden und Ruhe herbei-zuführen, legte der Genosse Emil Winter sein Amt als Parteisekretär nieder, der dadurch in eine wirtschaftlich schlechte Lage geraten sei. Das Kartell beschloß ein-stimmig, demselben eine Unterstützung durch die Gewerkschaften zu gewähren. Unsererseits wurden 20 bewilligt. Kamerad Schmidt verlas die Vereinbarung zu dem Wiederaufbau in Frankreich und Belgien und ermahnte die Kameraden nochmals, dafür zu sorgen, auch den letzten uns noch fernstehenden Zimmerer dem Verban-de zuzuführen, denn nur dadurch kann unsere wirtschaftliche Lage gehoben werden. Der Vorsitzende sprach beim Schluß der Versammlung den Wunsch aus, für noch besseren Besuch der nächsten Versammlung zu sorgen.

Verne i. Westf. Am 6. Dezember 1919 tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Am 2. Dezember konn-ten wir wieder auf ein einjähriges Bestehen unserer Zahl-stelle nach dem Kriege zurückblicken. Ein Jahr reich an Ar-beit, aber noch reicher an Entbehrungen liegt hinter uns. Hoffen wir, daß das Jahr 1920 bessere Tage bringt. Im ganzen fanden 18 Mitgliederversammlungen, 14 Vorstandswahlungen und 2 Sitzungen der Schlichtungskommission statt. Unser Stundenlohn, der im Dezember 1918 M. 1,19 betrug, hat sich bis zum heutigen Tage auf M. 2,80 erhöht. Wenn das auch zu den heutigen Verhältnissen keine angemessene Ent-schädigung für einen Zimmerer ist, so müssen wir doch zu-geben, solches niemals erreicht zu haben, ohne unsere Or-ganisation. Darin, hinein in den Verband; denn nur Zusammenschluß aller Zimmerer kann uns bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen bringen.

Am 8. Januar fand unsere diesjährige General-versammlung mit folgender Tagesordnung statt: Zah-lung der Beiträge; Neuwahl des gesamten Vor-standes; Bericht über die Verhandlungen in Essen vom 18. Dezember 1919; Kartellbericht; Verschiedenes. Nach Zahlung der Beiträge wurde zur Neuwahl des Vorstandes geschritten. Einstimmig wurden die ausscheidenden Vor-standsmitglieder, mit Ausnahme des zweiten Kassierers, wiedergewählt. Ueber die Verhandlungen mit dem West-deutschen Arbeitgeberbund erstattete Kamerad Kam-lah als Delegierter Bericht. Nach Verständigung mit den Dele-gierten der einzelnen Zahlstellen wurde eine Forderung von M. 3,50 den Arbeitgebern unterbreitet. Die Arbeitgeber erkannten die Forderung im großen ganzen als berechtigt an, erklärten aber gleichzeitig, sie nicht bewilligen zu kön-nen, da sie nicht berechtigt seien, über die in den zentralen Verhandlungen zu Berlin festgesetzten 10 pZt. Steuerungs-zulage hinauszugehen; auch suchten sie uns auf die erneu-ten zentralen Verhandlungen, die in der ersten Hälfte des Monats Januar stattfinden sollen, zu verweisen. So hätten wir uns also mit einem Stundenlohn von M. 3,05 vor-läufig abzufinden. Ferner betonte der uns von früher her noch sehr bekannte Scharfmacher, Vorsitzender des West-deutschen Arbeitgeberbundes, Baugemeister Thiel, Essen, daß wir hier im Industriegebiete in bezug auf Löhne, an der Spitze marschierten und ihm (Thiel) des-halb in Berlin Vorhaltungen gemacht worden seien. Daß diese Behauptung der Wahrheit nicht entspricht, braucht nicht weiter erwähnt zu werden. Nach dem ganzen Benehmen der Unternehmer zu urteilen, müssen wir uns noch auf schwere Kämpfe gefaßt machen. Den Kartellbericht erstattete Kamerad Spengler. Im Punkte „Verschiedenes“ machte der Vorsitzende bekannt, daß noch immer ein Kamerad von uns im Lazarett sei, ihm seien M. 30 als Weihnachtsgabe aus der Lotteriekasse überwiesen. Eine Sammelliste für den gleichen Zweck ergab noch M. 62. Ferner wurde beschlossen, in nächster Zeit ein Wintervergügen mit Stiftungsfeier abzuhalten. Nachdem noch für den ausscheidenden Bezirks-kassierer, Kamerad Körber, Kamerad Radur gewählt war, erfolgte Schluß der ersten diesjährigen Versammlung.

Rönigsberg. Am 22. Dezember fand unsere Mit-gliederversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesord-nung wurde das Andenken des verstorbenen Kameraden Ernst Rat in üblicher Weise gelehrt. Kamerad Neumann führte aus, daß der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe sich an das Arbeitsministerium gewandt habe, um zu der Steuerzulage Stellung zu nehmen. Es habe dann auch am 9. und 10. Dezember eine Sitzung stattgefunden, um

über die Sache zu beraten. Das Arbeitsministerium sei überreingekommen, vorderhand 10 pZt. zu dem im Juli abgeschlossenen Lohnvertrag zu bewilligen und dies rück-wärtend vom 11. Dezember zu zahlen. Kamerad Neu-mann hob hervor, daß dies zu den heutigen Steuerungs-verhältnissen nicht viel bedeute, aber vorderhand dagegen nichts zu machen sei, daß aber Herr Lauser habe durch-blicken lassen, daß Mitte Januar neue Verhandlungen statt-finden sollen, um über die Sache weiterzuverhandeln. Der Vorsitzende machte bekannt, daß laut Statut die Wahl des neuen Vorstandes bis Mitte Januar stattgefunden haben muß, und somit die Frage des Angestellten auch in Betracht komme. Er fragte die Versammlung, wie sie sich dazu stelle. Kamerad Oltersdorf erklärte, daß der alte Vorstand sowie der Angestellte den jetzigen Verhältnissen nicht mehr entsprächen, weil sie den Standpunkt nicht ver-treten, den sie zu vertreten hätten, und somit sollte dann reiner Tisch gemacht werden. Kamerad Dorn stellte den Antrag, die Stelle des Angestellten auszuscheiden. Der Antrag wurde mit 66 gegen 16 Stimmen angenommen. Eine Kommission aus 5 Mitgliedern wurde gewählt, die die Sache in die Hand nehmen und die Angebote zu prüfen hat. Kamerad Berner stellte den Antrag, eine Ver-trauensmännerziehung einzuberufen und auch die an-geklagten Zahlstellen davon zu benachrichtigen. Auch wurde Kamerad Neumann anheimgestellt, sich an der Be-werbung zu beteiligen. Kamerad Neumann betonte, daß daraus nichts werden kann, dann müßte er seine Gefinnung verkaufen, und das tue er nicht. Es kam die Angelegenheit des Kameraden Kowinski nochmals zur Sprache. Dieser war laut Versammlungsbeschuß aus der Zahlstelle aus-geschlossen, weil er dem Grenzschutz angehörte; er war zur Versammlung eingeladen, um sich zu rechtfertigen. Er führte aus, daß er von dem Versammlungsbeschuß nichts wisse, da er längere Zeit außerhalb Königsberg im Lazarett krank gelegen habe und dies durch ärztliche Atteste nachwies. So wurde beschlossen, ihn wieder in unsere Reihen auf-zunehmen. Dann verlas Kamerad Neumann einen Brief des Polierverbandes. Dieser teilte der Versammlung mit, daß er den Maurerpolier Meinte, der während unseres Streiks habe Zimmerarbeiten ausführen lassen, mit einer Geldbuße bestraft habe, woraus zu ersehen ist, daß sich die Poliere eines andern besonnen haben. Unter „Ver-schiedenes“ brachte Kamerad Oltersdorf zur Sprache, daß Winnig und Konsorten die technische Nothilfe zur Aus-übung von Streikarbeiten organisiert habe und dieses auch durch Aufrufe zur Einwohnerversammlung begünstigt. Er verurteilte das mit scharfen Worten und forderte die Kameraden auf, falls an sie das Ersuchen gestellt werde, sich nicht daran zu beteiligen. Er brachte eine Resolution ein, die ein-stimmig angenommen wurde. Sie lautet: „Die am 22. De-zeember 1919 tagende Mitgliederversammlung des Zentral-verbandes der Zimmerer, Zahlstelle Königsberg, erkennt die Errichtung der technischen Nothilfe als nur im Interesse der bestehenden Klasse an. Sie legt entschiedenen Protest da-gegen ein, daß sich Vertreter der Regierung als Organi-satoren zu solch einer arbeiterschädigenden Handlung her-geben können. Die Versammlung erwartet, daß sich kein Zimmerer zu solch einer verräterischen Handlungsweise gebrauchen lassen wird.“

Köln i. B. Neujahrsversammlung am 1. Jan-uar 1920. Vorur zur Tagesordnung geschritten wurde, ehrte der Vorsitzende die Gefallenen und noch in Gefangen-schaft befindlichen Kameraden, und bedauerte, daß letztere nicht unserer Versammlung beiwohnen können. Die Kame-raden erwiesen denselben die Ehre, indem sie sich von den Plätzen erhoben. Der Kassierer gab die Abrechnung be-kannt. Ihm wurde Entlastung erteilt. Der Vorstand wurde, da an ihm nichts auszusetzen und die Zahlstelle mit seiner Tätigkeit voll und ganz zufrieden war, einstimmig wieder-gewählt. Dann wurde über ein Schreiben vom Hauptvor-stand fleißig diskutiert. Zu einer neuen Steuerzulage wurde Stellung genommen und eine Kommission gewählt, die sofort an die Unternehmer herantreten soll. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende alle Kameraden, sich an die Beschlüsse zu halten und dafür zu sorgen, daß die-selben auch eingehalten werden. Beschlossen wurde ferner, daß die Unternehmer, wenn sie Leute einstellen wollen, sich an die Zahlstelle wenden müssen. Ferner sollen diejenigen Kameraden, die gegen einen Zahlstellenbeschuß verstoßen, M. 15 Strafe zahlen. Auch die saumfälligen Kameraden, wenn sie sechsmal im Jahre unentschuldig die Versamm-lung nicht besuchen, sollen eine Strafe von M. 15 zahlen.

Lößnitz. In der nur schwach besuchten Mitglieder-versammlung am 28. Dezember wurde die Vorstandswahl erledigt. Die Meldstellen für die Arbeitslosen wurden wie folgt festgesetzt: für Lößnitz bei Georg Bremer, für Bock bei Richard Wittkop, für Bergholz bei Albert Seeger. Zum Schluß wurden noch die Beiträge ein-gezogen.

Lützen. Am 20. Dezember tagte unsere regelmäßige Monatsversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung rügte der Vorsitzende, Kamerad Franz Willnow, das dauernde Nichterscheinen der in Lützen beschäftigten Kame-raden, zumal sich die heutige Versammlung mit einer höhe-ren als vom Reichsamt anerkannten Steuerzulage be-schäftigten soll, welche von unsern Kameraden als völlig unzureichend bezeichnet wird. Da im neuen Jahre eine regere Bautätigkeit zu erwarten ist, zumal unsere Stadt Wohnungen in eigener Regie bauen will, wurde beschlossen, eine Steuerzulage zu fordern, welche dem Lohn vom dritten Leipziger Lohnbezirk gleichkommt, so daß hier min-destens ein Stundenlohn von M. 3 gezahlt wird, zumal hier die Preise der notwendigsten Produkte ebenso teuer wie in Leipzig sind und verschiedentlich noch teurer. Auch wäre den auswärtig arbeitenden Kameraden einmal Gelegenheit geboten, hier am Orte zu arbeiten. Denn diese sind jetzt gezwungen, sich 6 bis 8 Stunden auf der Bahn herumzu-schmeißen, so daß eine tägliche Arbeitszeit von 14 bis 16 Stunden für sie in Frage kommt. Sie müssen sich jetzt diesen Strapazen unterwerfen, um ihre Familie vor der allergrößten Not zu schützen. Ferner wurde gerügt, daß die in Lützen beschäftigten Kameraden als Verbandsmit-glieder dauernd unter Lorif arbeiten. Anders Leuten gegenüber barmen sie, daß der jetzige Lohn bei weitem nicht ausreicht, sie selbst besitzen aber nicht die Energie, um das, was unser Verband leistet, hochzuhalten. Es sind Leute darunter, die unsere Organisation schänden. Am

allermeisten der Kamerad Fiedler. Dieser hat sich schon bei dem Streik im Frühjahr hervorgetan. Wenn richtige und tüchtige Kameraden mit ihm arbeiteten, hätten sie ihn längst zu den Lössen auf der Hübenaugelfabrik ver-wiesen. Da, wie schon anfangs erwähnt, die am Ort be-schäftigten Kameraden nicht anwesend waren, wurde be-schlossen, diese für den 25. Dezember, nachmittags 8 Uhr, nochmals einzuladen, um mit ihnen eine gründliche Be-sprechung vorzunehmen. Dann wurde Kamerad Franz Willnow als Arbeitslosenkontrolleur gewählt. Kamerad Prager erstattete ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des Gewerkschaftskartells. Er und Kamerad Willnow wurden als Kartellbelegte gewählt. Ein Antrag des Gewerkschaftskartells, für die Jugendbewegung einen Bei-trag zu bewilligen, wurde mit folgender Begründung ab-gelehnt: Wenn man die Jugend bei der Eisenbahnfahrt nach der Arbeitsstätte beobachtet, mit welcher Noheit und Mühseligkeit sie den älteren Leuten gegenüber vor-geht, und wenn man sieht, daß diese kaum der Schule ent-wachsene Jugend auf der Fahrt früh morgens 4 bis 5 Stück Zigaretten den viel älteren Arbeitern unter die Nase paßt — das ist abends von der Arbeitsstätte zurück-ebenso —, dann ist schon aus diesen Gründen abzulehnen. Aber wenn den betreffenden Eltern an besserer Er-ziehung und sozialer Ausbildung ihrer Kinder etwas ge-liegen wäre, müßten sie selbst dafür eintreten, sie müßten sagen: Paßt wöchentlich 30 bis 50 J und schließt euch der Jugendbewegung an, damit ihr einer Besserung entgegen-geht; es dient euch und euren Nachkommen zum Vorteil, zum Vorteil der gesamten Arbeiterschaft. Aber hiervon wollen die Eltern dieser Jugend nichts wissen. Weiter wurde ein Antrag des Kameraden Ködderich, nach dem Beschlüsse der Quersfurter Kameraden zu handeln, gegen eine Stimme angenommen; dieser lautet: Jedes Mitglied der Verbandsmitglieder, welches unentschuldig unserer Monats-versammlung fernbleibt, hat 50 J Strafe zu zahlen; für die auswärtigen Verbandsmitglieder sind die Vierteljahres-versammlungen mit den Abrechnungen maßgebend, wer von diesen auf Einladung nicht erscheint, hat ebenfalls 50 J Strafe an die Lotteriekasse zu zahlen. Als Entschuldig-ungen gelten nur vom Arzt anerkannte Krankheits- und Todesfälle in der Familie, nicht etwa Arbeit oder sonstige festliche Veranstaltungen.

Meiningen. Am 24. Dezember fand unsere General-versammlung statt. Der Vorsitzende, Kamerad Adolf Rud, begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder und gab den Jahresbericht bekannt. Gätten wir auch nicht alles erreicht, was wir angesichts der Teuerung hätten erreichen müssen, so hätten wir den Unternehmern doch gezeigt, daß unsere Organisation respektiert werden muß. Unser Stundenlohn sei von 90 J bis Schluß des Jahres auf M. 1,90 gestiegen, und wer die Meiningen Unternehmer kenne, der wisse auch, daß sie immer lieber nehmen als geben. Die letzten 20 J pro Stunde hätten wir durch einen neuntägigen Streik erkämpfen müssen. Unsere Mitgliederzahl sei bis Ende des Jahres auf 110 gestiegen, ein erfreuliches Ergebnis. Hier-auf wurde die Wahl des Gesamtvorstandes vollzogen. Es wurde beschlossen, daß die „Zimmerer“ beim Schriftführer abzuholen sind, damit der Kassierer von dieser Arbeit ent-bunden wird. Unter „Verschiedenes“ entspann sich eine rege Debatte über folgende Angelegenheit. Als nach Be-endigung des Streiks die Arbeit wieder aufgenommen wurde, hat die Firma Schäfer zwei Lehrlinge gemahregelt. Kamerad Brockmann hat mit der Firma über diese Sache gesprochen, doch wurde ihm zur Antwort, daß die Lehrlinge laut Lehrvertrag im Verban-de nichts zu tun hätten. Hierzu erklärte Kamerad Ernst Rud, daß bei Abschluß von Lehr-verträgen genau darauf zu achten sei, daß solche vorzün-ftlichen Dinge nicht hineingeschrieben würden. Es soll alles versucht werden, die Lehrlinge wieder in ihr Arbeits-verhältnis zu bringen, bis dahin sollen sie die ihnen zu-stehende Streikunterstützung noch gewährt erhalten. Ferner wurde beschlossen, die Lehrlinge erst mit Beginn des dritten Lehrjahres in den Verband aufzunehmen. Mit der Auf-forderung, auch fernerhin treu zur Fahne zu stehen, da uns schwere Kämpfe bevorständen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

München - Gladbach. (Situationsbericht über das letzte Vierteljahr 1919.) In dem Lohngebiet Gladbach sind die Zimmermeister Gladbachs dem Arbeitgeberbunde an-geschlossen; die Zimmermeister in Viersen nicht. Der Arbeitgeberbund Gladbachs hatte die Steuerzulage aner-kannt, die Zimmermeister in Viersen nicht. Kamerad Sieben wurde beauftragt, nach dem Rechten zu sehen. Nach-dem eine Verhandlung am 26. Oktober gescheitert war — Zimmermeister Mayer hatte erklärt, was geht das uns an, was man in Berlin beschließt, und was haben wir mit Herrn Sieben aus München-Glabdach zu tun? — beschlossen die Kameraden, am 28. Oktober in den Ausstand zu treten, doch sollte am 27. Oktober noch einmal eine Einigung ver-sucht werden. Hierbei gelang es, mit den Meistern Giesen, Thomas und Mayer eine Einigung zu erzielen; nur Prenten verhielt sich ablehnend, bei ihm wurde daher am 28. Oktober in den Streik getreten. Am 1. November hat Prenten sich dann auch bekehrt. Die Vereinbarung betrafte daß vom 15. Oktober an ein Stundenlohn von M. 2,60, vom 14. November an M. 2,80 bezahlt würde. Eine Nach-zahlung vom 1. Oktober an sollte nicht stattfinden. Auf Anregung mehrerer Kameraden aus Jülich wurde hieselbst eine Bezirkszahlstelle errichtet und außerdem wurden Schritte zur Regelung der Lohnfrage unternommen. Am 1. Oktober wurden die Meister zu Verhandlungen ein-geladen. Ihre Haltung war unentschieden. Sie lehnten die Forderung nicht ab, bewilligten sie aber auch nicht. Am 3. Oktober wurde der Streik erklärt. Der Besatzungsbehörde wurde Mitteilung gemacht; sie antwortete, daß bei Auf-rechterhaltung der Ruhe solange mit der Arbeit ausge-setzt werden könne, bis eine Einigung erreicht sei. Am 7. Ok-tober wurden die Zimmermeister durch den Kameraden Sieben persönlich aufgejocht und am 8. Oktober kam es zu Verhandlungen und zu einer Einigung, indem die Unter-nehmer Brömper und Porten sich zur Anerkennung des Tarifvertrages bereit erklärten. Für die Kolonie Naßfeld blieben die Differenzen bestehen.

Potsdam. In der am 4. Januar 1920 stattgefundenen Generalversammlung fand die Neu- beziehungsweise Wie-derwahl des Vorstandes und der Vertrauensmänner statt. Unter „Gewerkschaftliches“ gab der Vorsitzende noch bekannt,

daß von Seiten der Arbeitgeber Verhandlung über die gestellte Forderung einer Teuerungszulage angeht, wo die Arbeitgeber das Erscheinen des Gauleiters wünschen. Sicher, um zu ihren Gunsten ein besseres Resultat zu erzielen. Der Lohnkommission wurde von der Versammlung mitgegeben, an den gemachten Forderungen festzuhalten und die Verhandlung so schnell wie möglich zu erledigen. Ein Antrag des Kameraden Günterberg, betreffend Unterstützung invalider, arbeitsunfähiger Kameraden aus dem Ertragsfonds in Höhe von M 40 pro Vierteljahr, wurde einstimmig angenommen. Ferner wurde zur Unterstützung der Deutschösterreicher ein Betrag von M 200 aus lokalen Mitteln bewilligt. Unter „Verschiedenes“ wurde vom Kassierer der Kassenbericht vom 4. Quartal gegeben. Die Versammlung stimmte für einen Zusammenschluß der beiden Kartelle Potsdam und Nowawes.

Prithwall. (Jahresbericht.) Die Zahlstelle wurde am 18. Dezember 1918 gegründet. Die Sommerarbeitszeit betrug damals 11 Stunden, bei einem Stundenlohn von 75 bis 80 S. Bei Einführung des Achtstundentages fand eine Umrechnung statt, wobei der Stundenlohn auf M 1 bis M 1,10 stieg. Die Kameraden waren aber mit diesem Lohn nicht zufrieden und es kam im Februar zu einer Verhandlung, an der der Gauleiter Knüpfer teilnahm. Hierbei wurde eine Erhöhung um 10 S pro Stunde erreicht. Die Lebensmittelpreise stiegen immer mehr, und die Kameraden traten von neuem an die Unternehmer heran. Die Verhandlung im Juni verlief resultatlos, die Kameraden traten am 17. Juni in den Ausstand. Nach neuntägigem Streik kam es zur Einigung, es wurde ein Stundenlohn von M 1,50 und vom 15. August an M 1,80 erzielt. Nach Verhandlungen der Zentralverbände mit dem Arbeitgeberbund über eine Teuerungszulage kam es auch bei uns wiederum zu Verhandlungen, wobei vom 1. Oktober an 15 S und vom 15. November an 5 S bewilligt wurden. Der Stundenlohn betrug also am Jahresluß M 1,80. Die Bautätigkeit war im Jahre 1919 eine sehr rege, so daß die Kameraden alle beschäftigt waren. Wie sie sich 1920 gestalten wird, kann noch nicht berichtet werden.

Saarbrücken-Dillingen. Nachdem sich die Zimmerer des Kreises Saarlouis am 14. Dezember 1919 eine selbständige Bezirksstelle gründeten, fand am 26. Dezember die zweite Versammlung in Noden statt. Die dem Verbande zugehörigen Kameraden waren vollzählig erschienen. Hier lag die Organisation der Zimmerer noch sehr im Argen. Dank der ernstlichen Bemühungen des Vorsitzenden der Zahlstelle (Kamerad Detgen) ist es gelungen, die hauptsächlich auf den Dillinger Hüttenwerken beschäftigten, bisher teils unorganisiert, teils dem Metallarbeiterverbande zugehörigen Zimmerer zu etwa 60 pZt. für den Zentralverband der Zimmerer zu gewinnen. Von den noch fehlenden 50 pZt. waren auch einige Kameraden unserer Einladung gefolgt und zur Versammlung erschienen, leider nicht alle. Gleich nach Eröffnung der Versammlung wies der Vorsitzende der Zahlstelle in überzeugendem Vortrag auf die Wichtigkeit hin, die darin besteht, daß jeder Zimmerer im Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsangehörigen Deutschlands organisiert ist. Er forderte, das bisherige Liebhäugeln mit dem Unternehmer oder Meister, wie es vielfach auf Hüttenwerken üblich ist, zu unterlassen, und zu erkennen, daß das Interesse eines jeden Arbeiters in einer guten Kameradschaft und einer ebensolchen gewerkschaftlichen Organisation gewahrt werden kann und auch gewahrt wird. Nur dadurch wird es ihm ermöglicht, lebensfähig zu bleiben. Nachdem die Auszahlung der Streikunterstützung vom 8., 9. und 10. November vorigen Jahres geregelt war und der Bezirksführer, Kamerad Fektor, nochmals um Zusammenschluß sämtlicher Zimmerer des Kreises Saarlouis bat, erfolgte Schluß der Versammlung.

Schwedt a. d. O. Am 1. Januar tagte die übliche Neujahrsversammlung. Zunächst wurde die Wahl des Vorstandes vorgenommen. Die Versammlung war leider sehr schlecht besucht, so daß die Mehrzahl der Kameraden des alten Vorstandes die Wiederwahl annehmen mußte. Dann verlas der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal, welche von den Revisoren revidiert und für richtig befunden war. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Unter „Verschiedenes“ entspann sich eine lebhafte Debatte. Kamerad Weiersdorf kritisierte den schlechten Versammlungsbefuch. Es wurde darauf hingewiesen, daß der schlechte Besuch wohl auf die Wahl des Vorstandes zurückzuführen sei, indem die Kameraden aus Furcht vor Annahme eines Postens der Versammlung ferngeblieben sind. Dann gab der Vorsitzende Bericht über eine gemeinschaftliche Sitzung mit dem Vorstand der Maurer wegen Kündigung des Lohnvertrages. Es wurde hierzu vom Kamerad Lesèvre vorge schlagen, sich erst mit unserm Gauleiter in Verbindung zu setzen und Auskunft zu erbitten, da wir hier am Ort keinen Vertrag in Händen haben. Es wurde scharf kritisiert, daß uns der Zentralvorstand keinen solchen zugesandt hätte, während den Maurern von ihrem Vorstand einer übergeben wurde. Unsere Zahlstelle fühlt sich zurückgesetzt. Kamerad Bufe fragte an, wie es mit dem Kartellbericht stehe. Da die Kartelldelegierten nicht anwesend waren, mußte der Bericht bis zur nächsten Versammlung zurückgesetzt werden. Der Hilfskassierer Weiersdorf junior führte Beschwerde, daß ihm eiliche Frauen der Kameraden Schwierigkeiten bereiten mit Nebenarbeiten wie: Wozu der hohe Beitrag wäre und anderes mehr. Es wurde vom Kamerad Bufe den anwesenden Kameraden nahegelegt, ihren Frauen zu Hause klarzumachen, wie sich die Sache verhält, damit derartige Neuerungen unterbleiben. Höheren Lohn nehme wohl jeder gern, es müßten aber auch höhere Beiträge geleistet werden, damit der Zentralvorstand den Mitgliedern gegenüber seine Pflicht erfüllen kann. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Spvottan. Am 28. Dezember tagte unsere Mitgliederversammlung, die von 21 Kameraden besucht war. Bei der Vorstandswahl wurden sämtliche Vorstandsmglieder wiedergewählt, nur der Kassierer wurde seines Amtes enthoben und durch den Kameraden Krause ersetzt. Kamerad Schiller berichtete, daß er sich mit dem Arbeitgeber Herrn Reiner in Verbindung gesetzt habe zwecks Verhandlung über eine Teuerungszulage. Die Verhandlung wurde auf denselben Abend ausgesetzt. Ehe es aber

abend wurde, bekam er die Nachricht, daß keine Verhandlung stattfinden. Hierauf wurde von der Versammlung beschlossen, einen Stundenlohn von M 2,10 zu fordern und den Zuschlag von 10 pZt. vom 11. Dezember an. So würden wir wenigstens den Kameraden der Zahlstelle Sagan gleichstellen. Den österreichischen Gewerkschaften wurden M 15 bewilligt. Unter „Verschiedenes“ wurde beschlossen, alle Kameraden, die wegen Schulden gestrichen wurden, bei Wiederaufnahme mit M 10 Strafe zu belegen. Dann folgte Schluß der Versammlung.

Swinemünde. Am 4. Januar fand unsere übliche Monatsversammlung statt, in welcher 32 Mitglieder von 100 erschienen waren. Der Kassenbericht wurde vom Kameraden Böcker bekanntgegeben, doch hatte er noch keinen genauen Abschluß vom letzten Quartal. Er zeigte aber, wie unser Lokalfassenbestand wieder gestiegen ist. Durch die sparsame Haushaltung des Kassierers wird es uns bald möglich sein, wieder auf der Höhe zu stehen. Seinen Posten, den er bereits 15 Jahre ausübt, nahm er wieder an, da er das Vertrauen der Kameraden voll und ganz besitzt. Der erste Vorsitzende, Kamerad Reibow, trat von seinem Posten zurück, da er gänzliche Interesslosigkeit der Mitglieder sehe, hauptsächlich betreffs des Versammlungsbefuchs. Bei schwacher Beteiligung war es ihm manchmal nicht möglich, die Versammlung zu eröffnen. Er wünscht dem neuen Vorstand mehr Freude an der Arbeit. Von den Mitgliedern wurde jedoch sein Ausscheiden sehr bedauert, da er auch schon lange Jahre diesen Posten voll und ganz vertreten hat. An seine Stelle wurde Kamerad Hinz, als Schriftführer wurde Kamerad Schulz gewählt. Der neue Lohnvertrag tritt vom 1. Januar an in Kraft mit M 2,85 Stundenlohn und vom 1. Februar an M 2,90; gefordert waren 30 pZt. Vielleicht haben die Herren Unternehmer doch eingesehen, daß nach dem dauernden Steigen der Lebensmittelpreise, die in unserm Baderorte besonders hoch sind, unsere Forderung keine zu große war. Der vereinbarte Stundenlohn ist für Swinemünde ein ganz bescheidener; nach den umliegenden Landstädten können wir uns nicht richten. Allgemein wurde gewünscht, ein Wintervergnügen zu veranstalten. Festgesetzt wurde der 14. Februar. Unter „Verschiedenes“ kam die Notlage der Deutschösterreicher zur Sprache. Eine Sammlung innerhalb der Gewerkschaft soll veranstaltet werden. Zum Baukontrolleur wurde Kamerad Rurth vorgeschlagen. Ein Baukontrolleur soll angestellt werden. Dann wurde nochmals darauf hingewiesen, im neuen Jahre an allem mehr Interesse zu zeigen, hauptsächlich die Versammlungen besser zu besuchen, damit ein neuer Geist in unserer Gewerkschaft auflebt; denn noch müßten wir uns unser täglich Brot erkämpfen. Darum arbeite ein jeder mit. Die Versammlung löste sich in guter Stimmung auf.

Treptow a. d. Rega. Unsere Mitgliederversammlungen im November und Dezember befaßten sich in der Hauptsache mit inneren Angelegenheiten. In der Dezemberversammlung wurde außerdem die Lohnfrage besprochen. Da eine Lohnserhöhung unbedingt eintreten muß, wurde eine Kommission gebildet, die sich der Sache anzunehmen hat. Unser Versammlungslokal bleibt im „Deutschen Garten“.

Wernigerode. Am 27. November tagte unsere Generalversammlung. Zunächst fand die Vorstandswahl statt. Nachdem wurde zur Verlotung der von Herrn Büchting geschenkten Sohlen geschritten. Unter „Verschiedenes“ erstattete Kamerad Mool den Kartellbericht. Des weiteren wurde für den Anschluß an den Konsumverein agitiert. Dann wurden noch einige Fragen in der Lohnangelegenheit erörtert, da am 30. Dezember Verhandlungen der Lohnkommission mit den Unternehmern sein sollten. Nachdem noch auf bessere Beteiligung an den Versammlungen hingewiesen, wurde die von 37 Kameraden besuchte Versammlung geschlossen. — Die am 1. Januar stattgefundenen kombinierte Versammlung nahm den Bericht über die stattgefundenen Verhandlungen mit den Unternehmern entgegen. Da uns die von den Unternehmern zugebilligten 10 pZt. Lohnserhöhung nicht zusagten, forderten wir weitere Verhandlungen, in welchen uns weitere 35 S zugesprochen wurden, so daß nun unser Lohn vom 3. Januar an M 2,45 und 10 S Gehirngeld pro Stunde beträgt. Mit diesem Resultat der Verhandlungen erklärte sich die Versammlung einverstanden, und mit einer Ermahnung zu weiterem, festem Zusammenhalten wurde die Versammlung geschlossen.

Wittenberge. Am 2. Januar fand unsere Mitgliederversammlung statt. Sie war von 20 Mann besucht. Zunächst fand die Vorstandswahl statt. Dann wurde eine Landzulage von 15 pZt. verlangt. Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband wurden eingeleitet. Unter „Verschiedenes“ wurde über die vom Bezirksleiter des Bauarbeiterverbandes einberufene Versammlung berichtet. Es handelte sich hauptsächlich um die Solidarität der Zimmerer und Bauarbeiter. Der Bezirksleiter vom Deutschen Bauarbeiterverband hat soweit in den nächstliegenden Zahlstellen eine Einigung erzielt. Nur unsere Zahlstelle nicht. Der Hauptgrund ist, bei Lohnkämpfen und andern Kämpfen gemeinsam vorzugehen. Es sind von jeder Zahlstelle 2 Mann als Ausschlußmitglieder gewählt, und dieser Ausschluß hat einen Obmann gewählt. Diesem ist alles unterstellt. In diesen Bericht schloß sich eine lebhafte Diskussion. Es wurde ausgeführt, daß wir unmöglich mit diesem Bremskasten fahren können, da uns gerade die Bauarbeiter und deren Vorsitzende dauernd unsere Kämpfe verbrüddelt haben und wir sie tatsächlich als Bremser darstellen können. Aber hauptsächlich wurde darauf hingewiesen, daß im Falle eines Lohnabbaues wir uns eine eigene Ruhe binden würden. Da Wittenberge Industriestadt und einer der teuersten Orte ist, und Perleberg mehr Landstadt ist und andere Verhältnisse hat, wurde beschlossen, nur so weit zu gehen, wie es angebracht erscheint. Wir wollen zusammen Forderungen durchsetzen, aber jeder für seine Organisation.

Wolfsbühnel. Am 28. Dezember fand hier eine sehr stark besuchte Generalversammlung statt. Der Vorsitzende gab zunächst einen kurzen Rückblick über das verfllossene Jahr. Er führte aus, daß wir am 1. Januar 1919 einen Stundenlohn von M 1,27 hatten und hinter den städtischen Arbeitern standen, während die Metallarbeiter bereits M 2 Stundenlohn hatten. So konnte

dieses Verhältnis selbstverständlich nicht bleiben. Wir versuchten daher etwas zu erreichen, wobei wir auf Schwierigkeiten stießen. Erst im März erzielten wir eine sehr geringe Zulage. Da durch Verhandeln mit den Arbeitgebern nichts mehr zu erreichen war, wurde am 3. April in den Streik getreten. Am gleichen Tage wurde dann eine Einigung erzielt, wobei ein neuer Tarif festgelegt wurde, welcher freilich nicht ganz unsern Anforderungen entsprach und der in dieser Fassung nicht wieder abgeschlossen wird. Wir erhielten nun einen Stundenlohn von M 1,95. Leider entsprach auch dieser Lohn den wirtschaftlichen Verhältnissen noch nicht und so wurden im August neue Forderungen eingereicht. Diese Verhandlungen, die sich sehr in die Länge zogen, endeten damit, daß wir beschlossen, am 8. Oktober in den Streik zu treten. Dann boten uns die Unternehmer pro Stunde 20 S Zulage an. Da sich die Bauarbeiter damit begnügen wollten, um nicht in den Streik zu kommen, hoben wir unsern Beschluß auf und nahmen das Angebot auch an. Durch weitere Verhandlungen ist es uns dann später gelungen, unsern Stundenlohn im Dezember auf M 2,55 zu bringen. Doch lehnen es die Unternehmer ab, die vom Reichsarbeitsministerium festgesetzte Teuerungszulage von 10 pZt. zu zahlen. Die Verhandlungen darüber sollen sofort aufgenommen werden. Wenn auch der Lohn mit den heutigen Verhältnissen noch nicht im Einklang steht, so können wir doch im großen und ganzen mit dem Ergebnis einigermaßen zufrieden sein. Darum dürfen wir in unserer Tätigkeit nicht erlahmen und müssen fest zusammenstehen; denn es wird schon jetzt versucht, uns unsere Errungenschaften zu schmälern. Zur Regelung der Geschäfte haben 15 Versammlungen und 4 gemeinschaftliche Versammlungen mit den Bauarbeitern sowie eine große Zahl von Sitzungen mit den Arbeitgebern stattgefunden. Die Versammlungen waren das ganze Jahr gut besucht. In den Kartellsitzungen war unser Delegierter regelmäßig anwesend; auch vom Vorstand war, wenn nötig, ein Vertreter da. Die Gewerkschaftskonferenz in Bad Harzburg wurde mit einem Delegierten besichtigt. Zu den Betriebsratsitzungen waren die Obmänner regelmäßig vertreten. Auch ist es uns gelungen, sämtliche Lehrlinge zu organisieren. Die Mitgliederbewegung ist folgende: Am 1. Januar 1919 hatten wir einen Mitgliederbestand von 31, eingetreten sind 30, abgemeldet 8; somit bleibt ein Bestand von 53 Mitgliedern. Organisiert sind hier im 1. Bezirk sämtliche Zimmerer, im 2. und 3. Bezirk sind 90 pZt. organisiert. Ein Zeichen, daß es in unserer Zahlstelle nicht rückwärts geht. Dann wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Den arbeitslosen Kameraden wurden M 8 pro Woche aus der Lokalkasse bewilligt. Hierauf wurde in die Beratung des neuen Tarifes eingetreten; da sich aber anfangs große Meinungsverschiedenheiten ergaben und die Zeit erheblich vorgeschritten war, wurde zum 11. Januar eine neue Versammlung angeber, die sich dann mit der Tariffrage weiter befaßten soll.

Sterbetafel.

Dresden. Es starben die Kameraden: Kalkbrenner, Hermann, in Coswig am 18. Oktober 1919, 60 Jahre alt, an den Folgen eines erlittenen Schlaganfalles; Klos, Paul, in Oberrochwitz am 28. Oktober 1919, 38 Jahre alt, infolge Verunsfalls; Dietrich, August, in Dresden-Striesen am 10. November 1919, 59 Jahre alt, infolge Aihmaleidens; Saupe, Ernst, in Kreischa am 26. November 1919, 67 Jahre alt; Rüssel, Ernst, in Dresden-Bieschen am 6. Dezember 1919, 74 Jahre alt, infolge Magenkrebses; Schumann, Theodor, in Dresden-Bieschen am 21. Dezember 1919, 60 Jahre alt, infolge Herzschlages und Reibig, Ernst, in Pappriß am 1. Januar 1920, 68 Jahre alt, infolge Magenleidens.

Baugewerbliches.

Zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs. Seit fast einem Jahr beschäftigen sich die leitenden Kreise der deutschen Baugewerbe mit der Frage des Wiederaufbaues; insbesondere, ob und wie die deutschen Baugewerbe daran beteiligt sein sollen. Es ist sogar ein Ministerium für Wiederaufbau eingerichtet worden. Jetzt kommt nun aus diesem Ministerium die Mitteilung, daß trotz erklärter Bereitwilligkeit bisher noch in keinem Falle ein tatsächlicher Auftrag ergangen sei. Aus Köln wird unterm 8. Januar berichtet, der Reichsminister habe vor einem großen Kreise von führenden Männern aus Industrie, Handel und Gewerbe und Vertretern der Behörden im besetzten Gebiet einen Vortrag gehalten. Er führte aus, es handle sich bei der Wiedergutmachung zunächst um die Lieferung von Rohmaterialien, besonders von Kohlen und Fertigfabrikaten. Ein anderer Teil der Aufgabe sei die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete. Als Tatsache stehe fest, daß sich gegen die Beschäftigung deutscher Unternehmer und Arbeiter in Frankreich eine außerordentlich starke Bewegung geltend gemacht habe. Der Minister verbreitete sich dann über die Frage, in welcher Form die Vergütung von Arbeiten im zerstörten Gebiet vor sich gehen solle und wie die Arbeit im zerstörten Gebiet selbst zu leisten sei. Mit Genugtuung habe er es begrüßt, daß in diesen Tagen aus der Selbsthilfe der rheinischen Kreise heraus eine eigene Organisation geschaffen worden sei.

Wie aus Essen gemeldet wird, sprach dort der Wiederaufbauminister Gessler in Saal des „Kaiserhofes“ vor einer Versammlung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern des unbefestigten Teiles des Regierungsbezirks Düsseldorf und der Provinz Westfalen über die Frage des Wiederaufbaues Nordfrankreichs, die wohl die wichtigste uns im Friedensvertrag gestellte Aufgabe ist. Der Minister entwickelte in längerer Rede die äußeren und inneren Schwierigkeiten der Sache. Es werde sich um Schwierigkeiten in dreifacher Richtung handeln: Aufräumung der zerstörten Gebiete, Wiederaufbau der zerstörten Ortschaften, Anlagen und Gebäude und die industrielle Wiedergutmachung. Politisch sei hervorzuheben,

daß Deutschland zur Hilfe im weitesten Umfang bereit sei; aber ganz ungewiß sei, ob und in welchem Umfang unsere Leistungen und Lieferungen von der andern Seite überhaupt gemindert werden. Bekanntlich bestrebe in Frankreich eine starke Gegenströmung gegen die Beschäftigung deutscher Arbeiter und Unternehmer.

Noch schwerer sei die Lage im Innern. Wenn wir für Frankreich arbeiten sollen, müssen wir arbeitsfähig sein. Es fehle uns aber an Wichtigsten, an Lebensmitteln und Rohstoffen. Der Minister ging auf die Kohlenfrage im besonderen ein. Solange wir an Kohlen so viel abliefern müssen, daß nicht einmal das allernotwendigste für den heimischen Bedarf übrig bleibe, werden wir keine wirkliche Hilfe leisten können. — Der Minister ging sodann auf die mehr technischen Fragen des Wiederaufbaues ein, auf die Fragen der Vergütung und Bezahlung, der Organisation und Verkehrsnot und gab die Versicherung ab, daß er die deutschen Gewerbe-zweige frei unter eigener Verantwortung arbeiten lassen wolle. Die Schaffung eines neuen, großen Behördenapparates komme für ihn nicht in Betracht. Sehr störend und der Sache hinderlich seien gewisse private Bureau's, die von Gewinn-süchtigen in ausländischen Interessen geleitet würden. Zum Schluß ging der Minister auf die sonstigen Aufgaben seines Ministeriums ein. Er hob besonders die furchtbare Lage der Auslandsdeutschen und der Deutschen in den abgerissenen Reichsteilen hervor, denen Heimat und Habe genommen sei.

In der sich anschließenden Debatte wurde eine Anzahl von Einzelfragen eingehend erörtert. Man hob allgemein die schwierige innere Lage hervor, die es mit sich bringt, daß es uns selbst am Nützlichsten fehlt.

Wenn sich der Minister so ausgedrückt hat, wie in den gesperrten Zeilen berichtet wird, dann ist seit vielen Monaten ein großes Quantum Stippsharbeit geleistet worden. Als solche sind anzusehen alle Denkschriften, Entwürfe von Arbeitsbedingungen usw. für den Wiederaufbau, einschließlich der Reisen.

Holz-mangel. Der außerordentlichen Nachfrage nach jeder Art von Holz steht ein immer geringer werdendes Angebot gegenüber, da die russischen Zufuhren ausbleiben, im Westen aber beschränkte Verkehrsverhältnisse auf Rhein und Main ein Heranzubringen ausländischer Hölzer sehr erschweren. Die ungünstige Valuta behindert ebenfalls eine Einfuhr. Polen bestrebt sich, den deutschen Holzmarkt von der Zufuhr abzuschneiden. Durch die Gründung eines Holzsyndikats in Danzig, das 100 Gatter umfaßt, wird ein Abwandern bedeutender Holzvorräte befürchtet. Alle diese Umstände, auch die unverändliche Haltung der Kommunen gegenüber den Preistreibern bei den Holzversteigerungen, hatten eine sprunghafte Steigen der Holzpreise zur Folge, so daß es nur noch den großen Holzhandelsfirmen und den Schleichern möglich ist, Hölzer zu kaufen. Der größte Teil der Sägenwerke der Riesengebirgstäler wird in wenigen Wochen ohne Holz sein. Trockenes Stammholz, das freilich meist angeblaut ist, wird zu Preisen von etwa M. 700 bis 725 gehandelt, für unsortierte Stamm Bretter vom neuen Einschnitt M. 800 bis 850 gefordert. Die Preise für blaues, altes Seitenholz sind bereits auf M. 900 gestiegen. Vielfach werden M. 1000 und mehr je Kubikmeter gefordert.

Gewerk-schaftliche Rundschau.

Ueber den Lohnausgleich für Steigerung der Lebensmittelpreise schreibt der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes:

„Am 24. Dezember 1919 faßte der Vorstand der Zentral-arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Entschlieung in Sachen eines Ausgleichs gegenüber der durch Gewährung von Ablieferungsprämien an die Landwirte geschaffenen Verteuerung des Lebensunterhalts. Diese Entschlieung ist in ihrem Wortlaut im „Zimmerer“ Nr. 1 veröffentlicht worden und besagt unter andern, daß der „siffernmäßig festzustellende Ausgleich von den Arbeitgebern ab 1. Januar 1920 getragen wird“ und daß diese Feststellungen ohne Verzug von den beiderseitigen Organisationen regional einheitlich zu treffen sind“ und zwar „unabhängig von den Tarifverträgen“.

Die Feststellungen sollen also durch die Organisationen der Arbeitnehmer und -geber getroffen werden; bei der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in den einzelnen Landesteilen ließ sich ein einheitlicher Satz nicht vereinbaren. Während man behördlichseits die durch die Prämienzahlung bedingte Verteuerung mit M. 1,15 pro Kopf bezifferte, und unter Einbeziehung unvorhergesehener Umstände auf M. 1,50 pro Kopf aufwandte, bewerteten die Arbeitgebervertreter die Auswirkung der Prämien-gewährung auf rund M. 2, stellenweise auf rund M. 3. Unter Berücksichtigung dieser Umstände sollen darum die beiderseitigen Organisationen die notwendigen Feststellungen regional und einheitlich treffen. Das ist so zu verstehen, daß für einen bestimmten Bezirk oder Landesteil beide Organisationen festsetzen, was den industriellen und gewerblichen Arbeitern nach der Kopfzahl der von ihnen zu versorgenden, nicht selbst erwerbstatigen Familienangehörigen seitens der Arbeitgeber vergütet werden soll. Die Bemessung soll nicht für einen einzelnen Industrie- oder Gewerbe-zweig eines Landesteils oder Bezirks erfolgen, sondern für alle einheitlich. Die Gauleiter oder Agitationskommissionen müssen daher unverzüglich mit den entsprechenden Unternehmervereinigungen in Verhandlungen treten. Wo eine alte oder doch mehrere Arbeitgebervereinigungen umfassende Einrichtung nicht vorhanden ist, sollen wenigstens mit den bestehenden Verhandlungen stattfinden, die dann auf die übrigen Unternehmer auszudehnen sind.“

Ihre Sehnsucht nach einem Antistreitgesetz bringt die bürgerliche Presse wie folgt zur Anschauung: „Die bedauerliche Verschiebung bei der Einbringung des versprochenen „Antistreitgesetzes“ wird im Reichsarbeitsministerium folgendermaßen begründet: Der erste Gedanke, das obligatorische Schiedsverfahren mit einer Sicherung des Koalitionsrechtes zu verbinden, habe sich als ungangbar erwiesen, vielleicht deswegen, weil das heutige Koalitionsrecht ein negatives wäre und erst zu einem positiven umgewandelt werden müsse. Einen einzelnen Punkt aus der Regelung des Koalitionsrechtes vorwegzunehmen, habe aber große Bedenken.

Deshalb gehe neuerdings das Bestreben auf Trennung der Materie hinaus und auf Regelung des obligatorischen Schiedsverfahrens für sich allein. Die Beratung des Gesetzesentwurfes erfolgere bei der starken Belastung des Reichsarbeitsministeriums längere Zeit als vorgesehen war, so daß der Entwurf erst in der Februartagung zunächst dem Reichsrat vorgelegt werden könne.“

Wenn die Regierung nicht einen allgemeinen Arbeiter-sturm herausfordern will, dann verzichtet sie überhaupt auf ein Antistreitgesetz.

Die deutschen Gewerkschaften am Jahres-schluß. Das „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ gibt in seinem Jahresrückblick für 1919 über das Anwachsen der Gewerkschaften folgenden Aufschluß: Die deutschen Gewerkschaften können auf das Jahr 1919 mit Befriedigung zurückblicken. Mit 1,6 Millionen Mitgliedern begangen sie ihren Wiederaufstieg, und am Jahres-schluß erreichten sie 7,1 Millionen. Die Entwicklung war geradezu eine stürmische. Bereits Ende Januar war die Mitglieder-höhe der Vorkriegszeit von 2,5 Millionen erreicht. Ende Februar überschritten die Gewerkschaften die dritte Million, Ende April die vierte, Mitte Juni die fünfte, Mitte August die sechste Million. Seitdem hat sich der Zugang merklich verlangsamt. Zweifellos können noch mehrere Millionen Arbeiter und Angestellte für die Gewerkschaften gewonnen werden, auch unter Berücksichtigung eines gewissen Prozentsatzes, den andere Gewerkschaftsgruppen an sich ziehen. Aber diese werden nur in dem Maße organisierbar sein, als sich das Wirtschaftsleben wieder erhebt. Auch die Millionen Arbeitnehmer der Landwirtschaft werden erst nach Jahren den Gewerkschaften zugeführt werden können. Zimmer-hin wurde von Mitte August bis Mitte November, also in drei Monaten, eine weitere, die siebte Million von Mitgliedern hinzugefügt. Ach heute noch befinden sich die gewerkschaftlichen Mitgliederzahlen im Steigen, und wenn es auch langsamer vorwärts geht als in den ersten Quartalen, so dürfen wir doch noch einen weiteren beträchtlichen Zuwachs erwarten.

Deutschlands Menschenverluste im Weltkriege. Unser langjähriger Mitarbeiter Adolf Thiele hat sich während des Krieges der dankbaren Aufgabe unterzogen, das Material über die Verluste des deutschen Heeres und der Marine zu sammeln, und die Ergebnisse einem begrenzten Personenkreise zugänglich zu machen. Er veröffentlicht nunmehr die Schluß-übersicht über die Verlustlisten. Hiernach sind für das Land-heer 1551, für die Marine 173 Verlustlisten herausgegeben worden. An Toten hat das deutsche Heer insgesamt 1718246 Menschen zu beklagen, von denen auf die Mann-schaften 1655553 und auf die Offiziere 62693 Mann entfielen. Die Zahl der Verwundeten beträgt 4234107, hierunter 116015 Offiziere. Als Gefangene oder Vermisste endlich verzeichnet die Verlustlisten insgesamt 1073619 Mann, die wiederum in 1050516 Mannschaften und Unteroffiziere sowie 23104 Offiziere sich teilen. Der Gesamtverlust des Landheeres beträgt also 7025972 Menschen.

Natüremäßig sind die Verlustzahlen der Marine absolut wesentlich geringer, immerhin aber, relativ genommen, erschreckend hoch. Als tot werden hier 24112 Mannschaften und Unteroffiziere, als verwundet 29830 und als gefangen 11654 Marineangehörige bezeichnet, hinzu kommen die in neutralen Staaten Internierten, an Krankheit Gestorbenen, so daß die Gesamtverlustzahl der Marine 78342 Menschen-leben beträgt.

Zurzeit ist es noch nicht möglich, eine vergleichende Uebersicht, insbesondere mit den Verlusten der gegnerischen Länder, zu geben. Nur folgender Vergleich mag die ganze Furchtbarkeit des letzten Krieges beleuchten:

Im Kriege 1870/71 betrug auf deutscher Seite der Gesamtverlust an Toten 41210 (16056 gefallen, 10506 an Wunden gestorben, 14648 an Krankheit gestorben), an Verwundeten und Unfallverletzten 98233, an Gefangenen oder Vermissten 14138..

Die Auswanderungsfrage.

Der ein Jahr lang dauernde „Waffenstillstand“ hat es den vielen Auswanderungslustigen, die es in Deutschland gibt, unmöglich gemacht, an die Verwirklichung ihrer Absicht zu gehen. Nun aber, nach Friedensschluß, wird die Abschließung unserer Grenzen doch etwas weniger streng werden, und damit wird die Auswanderung allen Ernstes einsehen. Man kann über sie verschiedener Ansicht sein. Herkömmlicherweise wird die Meinung vertreten, daß im allgemeinen die Auswanderung für das Mutterland nur ungünstig sei. Es sind einmal vorwiegend die Angehörigen der arbeitsfähigen Altersklassen, und unter ihnen wieder die tüchtigsten und arbeitsfreudigsten, die auszuwandern pflegen, wodurch die gesamte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Heimatlandes eine Verminderung erfährt. Ferner wird darauf hingewiesen, daß jeder Auswanderer mehr oder weniger hohe Beträge an Barmitteln mit sich nimmt, die sich zu großen Summen anhäufen können, sobald die Auswanderung sehr stark anschwillt. Demgegenüber stehen dann auch gewisse Vorteile für das Mutterland, wie vor allem die Tatsache, daß die Auswanderer Teile ihres Verdienstes in die Heimat zurücksenden, oder daß dadurch der Handelsverkehr vom Mutterlande nach den Einwanderungs-gebieten eine Förderung erfährt. Man muß bei der wirtschaftlichen Beurteilung der Auswanderung für das Mutterland in erster Linie von seinen wirtschaftlichen Verhältnissen und der sozialen Lage seiner Bewohner ausgehen. Es kommt vor allem darauf an, ob in dem Mutterlande Mangel oder Ueber-fluß an Menschen herrscht. Ist letzteres der Fall, so wird dadurch die Verbrauchsmöglichkeit der Bewohner eingeschränkt, namentlich die Nachfrage um Nahrungsmittel übersteigt das Angebot, was zu starken Preissteigerungen führt. Wir fühlen das heute recht deutlich. Die Auswanderung könnte diesen Zustand erleichtern, wenn schon nicht beseitigen.

Doch wohin sollen sich unsere überzählig gewordenen Industriearbeiter wenden? Wer bei der gewerblichen Beschäftigung bleiben will, für den sind die Auswanderungs-aussichten nicht gut, weil die Industrie infolge Rohstoffmangels überall zeitweise daniederliegt. Zudem ist zu beachten, daß von den außereuropäischen Ländern nur die Vereinigten Staaten von Nordamerika sowie die britischen Kolonien Kanada, Südafrika, Australien und Neu-Seeland eine bedeutende Industrie nach europäischem Vorbild besitzen. Von den

Staaten Südamerikas hat lediglich Argentinien eine nennens-werte Industrie, doch entwickelt sie sich langsam, und ihr Arbeiterbedarf ist gering. Wie sich die Vereinigten Staaten zur Einwanderung Deutscher stellen werden, ist noch nicht sicher. Einige britische Kolonialländer haben sie bereits auf eine Zeit verboten, und auch die ehemals feindlichen wie die neutralen Staaten hatten Zugang deutscher Arbeiter eifersüchtig fern.

Besser sind die Aussichten für jene Wanderlustigen, die den Willen, die Mittel und die Eignung haben, sich der Landwirtschaft zuzuwenden. Für sie kommen besonders Süd-amerika, dann Osteuropa und vielleicht auch einige Länder Asiens in Betracht. Als verlässlicher Führer zur Orientierung über die Verhältnisse dort kann Kießlings „Vorderasien, Rus-land, Südamerika, Deutsche Auswanderungsgebiete der Zukunft“, dienen, (Dieterichsche Verlagsbuchhandlung in Leipzig, Preis M. 6), ein Buch, das großenteils auf Grund persönlicher Erfahrungen geschrieben ist und Tatsachen bringt — nicht Lockungen, wie die gewöhnliche Auswandererliteratur.

Beachtenswerte Ratschläge für Auswanderer enthält ferner das Buch: „Sollen wir auswandern, und wohnen?“, von H. Klingpor (Verlag Wieske in München, M. 3,80). Neben allgemeinen Erörterungen über die Auswanderungsfrage ent-hält es eine Darstellung der Aussichten, die sich in den wichtigeren südamerikanischen Staaten bieten, besonders in Brasilien.

Brasilien hat bereits eine verhältnismäßig starke deutsche Bevölkerung. In den Jahren 1835 bis 1913 kamen hierher insgesamt 3 339 000 Einwanderer, meist Angehörige der romanischen Völker. Deutsche waren nur 119 900 darunter, die sich hauptsächlich in den südbrasilianischen Staaten Rio Grande do Sul und Santa Catharina niederließen. Im tropischen Brasilien nahm der Staat Espirito Santo eine namhafte Zahl deutscher Einwanderer auf. In den letzten 5 Jahren vor dem Kriege gestaltete sich der Umfang der Gesamt-einwanderung und der Einwanderung aus Deutschland wie folgt:

	Gesamtzahl der Einwanderer	Einwanderer aus Deutschland
1909.....	85400	3800
1910.....	88600	3900
1911.....	186000	4500
1912.....	171100	5700
1913.....	192000	7400

Wie viele Deutsche gegenwärtig in Brasilien leben, läßt sich nicht sicher sagen, weil die brasilianische Statistik die Bevölkerung nicht nach Abstammung oder Sprache unter-scheidet. Die diesbezüglichen privaten Schätzungen weichen voneinander weit ab; jene, die über eine halbe Million hinausgehen, sind zweifellos übertrieben.

Nach Argentinien wanderten von 1857 bis ein-schließlich 1914 4 666 000 Personen aus Uebersee ein. Seit 1871 wird auch die Rückwanderung verzeichnet. In dem Zeitabschnitt 1871 bis 1913 war die Zahl der Einwanderer um 3 233 000 größer als jene der Rückwanderer. Von den eingewanderten und im Lande verbliebenen Personen waren 2 140 000 Italiener, 1 394 000 Spanier, 214 000 Franzosen, 78 000 Oesterreicher, 58 000 Deutsche, 50 000 Engländer, 31 000 Schweizer, 22 000 Belgier usw. Das romanische Element ist also in der Einwanderung völlig ausschlaggebend. Die Gesamtzahl der in Argentinien ansässigen Deutschen, einschließlich der Nachkommen deutscher Einwanderer, wird 100 000 kaum überschreiten. Die argentinischen Deutschen sind — im Gegensatz zu den brasilianischen — in ihrer Mehrzahl nicht ländliche Siedler, sondern selbst-ständige Kaufleute, Gewerbetreibende, Angestellte und gewerbliche Arbeiter. Unter den seit 1876 nach Argentinien gekommenen deutschen Einwanderern waren die Landwirte mit etwa 40 pZt. vertreten.

Die andern Staaten Südamerikas führen keine Ein-wanderungsstatistik.

Auswanderungslustige tun jedenfalls gut, sich auch bei den Zweigstellen des Reichsauswanderungsamts über Reise-möglichkeiten und Niederlassungsaussichten zu erkundigen; solche befinden sich in Hamburg, Holzbrücke 9; Bremen, Bahnhofstraße 30/31; Kiel, Brüne 37; Berlin-Friedrichs-hagen, Friedrichstraße 80; München, Salvatorstraße 19; Frankfurt-Main, Kaiserstraße 79; Dresden, Friesengasse 6; Leipzig, Friedrich-Karl-Straße 22; Wiesfeld, Jaffrowstraße 29; Halle, Städtisches Arbeitsamt; Magdeburg, Kaiserstraße 48; Braunschweig, Hagenmarkt 18; Hannover, Mendelssohn-straße 30.

Auswanderung, Schifffahrt, Verkehrsweisen.

Ueber diese drei, die Allgemeinheit interessierenden Fragen macht der Jahresbericht der Handelskammer zu Ham-burg über das Jahr 1919 beachtenswerte Aus-sührungen, denen wir folgendes entnehmen: Was die Deutsche Auswan-derung nach dem Kriege anbetrifft, so findet der Berichtstatter es unter den heutigen Verhält-nissen nur begreiflich, daß in vielen Kreisen des Deutschen Volkes der Gedanke wach wurde, sich in der Fremde eine neue Heimat zu suchen. So natürlich dieses Bestreben oft gerade der tüchtigsten Elemente unseres Volkes ist, im fremden Lande neu aufzubauen, so könne doch vor einer verfrühten und unüberlegten Auswanderung nicht ein-dringlich genug gewarnt werden. Vor allem seien in den meisten fremden Ländern die Möglichkeiten für Einwanderer noch gar nicht genügend zu übersehen, und erst nach dem Wiederanknüpfen engerer Verbindungen und der Versorgung des Auslandes mit amtlichen deutschen Vertre-tungen, besonders Auswanderungskommissionen, könne wirklich zuverlässige Auskunft eingeholt und gegeben werden. Vor der unüberlegten Auswanderung wird ebenso eindringlich ge-warnt wie sich zu diesem Zwecke mit fremden Agenten einzulassen. Von dem in Berlin neuzuschaffenden Reichsauswanderungsamt ist in Hamburg eine Zweigstelle errichtet. Neben dieser Zweig-stelle besteht dann noch der Verein „Hamburger Auswanderer-hilfe“, dessen Bestreben ist, den Auswanderern entsprechende Hilfe angedeihen zu lassen.

Für die deutsche Seeschifffahrt war das verfloffene Jahr nach dem angeführten Bericht das schwärzeste ihrer Geschichte. Hinauswies wird dann auf die Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles, wonach die Ablieferung aller Schiffe über 1600 Brutto-Registertonns, der Hälfte der Handelschiffe von 1000 bis 1600 Brutto-Registertonns und

eines Viertels aller Fischereifahrzeuge an die Allierten ver-
langt wird. Die Durchführung dieser Maßnahme wird zur
Folge haben, daß von der Hamburger und Bremer Dampfer-
flotte, die das Rückgrat der deutschen Handelsflotte bildeten,
nur etwa 3 1/2 pZt. übrigbleiben. Der verbleibende Teil würde
nun nicht einmal ausreichen, den Verkehr in der Nord- und
Ostsee in vollem Umfange zu besorgen; für die überseeische
Schifffahrt komme er nicht mehr in Betracht. Somit ist Deutsch-
land darauf angewiesen, für seine Versorgung mit Lebens-
mitteln und Rohstoffen fremden Schiffstrain in Anspruch zu
nehmen, wofür sehr große Beträge an Frachten dem Ausland
gezahlt werden müssen. Die Verwendung der uns noch ver-
bleibenden Schiffe wurde durch die nach Abschluß des Waffen-
stillstandes erfolgte Erstreckung der Blockade auf die Äfies
und später durch die von der Entente willkürlich verhängte
erneute Ostseeblockade stark beeinträchtigt. Weiter war über-
aus fährend für die Schifffahrt die schlechte Versorgung mit
Bunkerkohle. Haben doch wiederholt bis zu 25 fahrbereite
Schiffe gleichzeitig im Hamburger Hafen liegen bleiben müssen,
weil keine Bunkerkohlen für sie zu haben waren. Auch das
Auslaufen der Fischdampfer wurde dadurch in ganz erheb-
lichem Umfange beeinträchtigt und auf diese Weise die Volks-
ernährung in Mitleidenhaft gezogen.

Die Binnenschifffahrt auf der Elbe hatte im ver-
gangenen Jahre trotz Abwanderung größeren Kahnraumes
nach den westlichen Wasserstraßen nicht viel zu tun, und der
vorhandene Raum konnte nur zu Zeiten geringer Wasserstände
voll ausgenutzt werden.

Auf die Zustände im Eisenbahnverkehr über-
gehend, die sich bekanntlich im verfloffenen Jahre immer
weiter verschlechtert haben, so wird die Ursache in der Abgabe
des Materials, zum Teil aber auch in den ungeheuren Kohlen-
lieferungen an die Feinde gesucht. Durch Artikel 89 ff der
Reichsverfassung ist die Uebernahme der Eisenbahnen auf
das Reich ausgesprochen, die im Laufe dieses Jahres erfolgen
soll. Bemerkenswert ist dann noch, daß im Zusammenhang mit
der Uebernahme der Eisenbahnen sowie der Wasserstraßen
auf das Reich ein eigenes Verkehrsministerium geschaffen
worden ist, als dessen Aufgabe vor allem auch eine
starke Entlastung der Eisenbahnen durch möglichst weit-
gehende Heranziehung der Binnenschifffahrt anzusehen ist.
Weiter wird darauf hingewiesen, daß der Betrieb der Eisen-
bahn auf den Zehnstundentag zugeschnitten war, und bei der
Einführung des Achtstundentags der Betrieb auf den Strecken
nicht mehr richtig ineinander gegriffen habe. Trotz Erhöhung
der Arbeiterzahl sollen die Leistungen erheblich zurückgegangen
sein, so daß lange Zeit hindurch die Zahl der aus den Werk-
stätten betriebstüchtig hervorgehenden Lokomotiven hinter der
Zahl der reparaturbedürftig werdenden zurückblieb. Als eine
Folge der wirtschaftlichen Umwälzung werden neben den
Lohnsteigerungen für den Eisenbahnbetrieb die sich auf
Milliarden belaufenden Verluste der Eisenbahnverwaltung
bezeichnet. Zu ihrer Deckung sah sich die Verwaltung ge-
nötigt, die Tarife, die schon durch die siebenprozentige Ver-
kehrssteuer belastet waren und die zweimal Zuschläge von 15
und 60 pZt. erfahren hatten, vom 1. Oktober 1919 an noch-
mal um die Hälfte zu erhöhen.

Daß die Handelskammer nach jeder Richtung hin bemüht
war, die Interessen des Handelsstandes wie der Reedereien
wahrzunehmen, versteht sich von selbst. Verständlich ist von
dieser Seite auch, wenn man sich dabei an die durch die Re-
volution verursachte Umwälzung mitunter schwer gewöhnen
konnte und, soweit es sich um die Zwangswirtschaft oder den
freien Handel drehte, mit den Regierungsverhältnissen unzu-
frieden war. Aber den scharfmacherischen Ton, der früher
in solchen Berichten gegenüber den Arbeitern und Angestellten
häufig angeschlagen wurde, vermissen wir doch in diesem
Bericht der Hamburger Handelskammer. Ja es wird schon
eingesehen, daß die Entwertung des Geldes und die Ver-
teuerung aller Lebensnotwendigkeiten eine beträchtliche Er-
höhung der Löhne und Gehälter herbeiführen mußte. Damit
wird indirekt zugegeben, daß an einen Abbau der Löhne und
Gehälter nicht eher gedacht werden kann, bis eine Ver-
billigung der Lebensmittel und der sonstigen Bedarfsartikel
eingetreten ist. Unter dieser Voraussetzung kann man sich
dann auch damit abfinden, wenn es in dem Bericht heißt:
„Die Angestellten und Arbeiter werden einsehen, daß sie von
einer noch so weitgehenden Erhöhung der Gehälter und Löhne
durchaus keinen Nutzen haben, wenn solche durch ent-
sprechende Verteuerung ihrer Bedürfnisse ausgeglichen wird,
sondern daß nur eine auf Hebung der Ausfuhr gerichtete in-
tensive Tätigkeit imstande ist, die Gesundung zu bewirken.“
Anzeichen für das Einsetzen einer Entwicklung in diesem Sinne
sind erfreulicherweise zu bemerken.

Abschließend wollen wir noch hinzufügen, daß in Ham-
burg nicht allein Handel und Schifffahrt daniederliegen, sondern
daß es den großen Werken sowohl an Material wie an
Kohlen mangelt, kurz, auch die Industrie liegt danieder. Es
muß deshalb nicht allein vor der überreifen Auswanderung,
sondern auch vor der Zureise nach den Hafenstädten — wo
die Arbeitslosigkeit eine überaus große ist —
dringend gewarnt werden.

Bekanntmachungen

der

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse in Hamburg).

Bureau: Hamburg 22, Hamburger Straße 131, 2. Et.
Postcheckkonto: 6642, Hamburg 11.

Vom 1. bis 31. Dezember 1919 erhielt die Hauptkasse
aus den örtlichen Verwaltungen: Altdingen M. 77, Altenburg
250, Amberg 32, Augsburg 150, Augustwalde 210, Bahn
115.41, Barmen 80, Bärwalde 12, Berlin I 600, Berlin II 800,
Berlin III 1800, Berlin V 800, Berlin VII 1500, Berlin VIII
1500, Bochum 300, Boizenburg 230, Brandenburg 200,
Bremen 800, Breslau 200, Britel 100, Cammin 45, Cannstatt
300, Cassel 400, Celle 300, Cöpenick 600, Crefeld 150, Crum-
bach 100, Danzig 600, Dörnhausen 5, Deuben 185, Döberan
100, Dödenhuden 300, Dessau 263.68, Dortmund 350,
Dresden I 600, Dresden II 400, Duisburg 250, Düsseldorf
400, Emmendingen 150, Enkheim 130, Erfurt 600, Eisen 300,

Frankenthal 100, Frankfurt a. M. 300, Frankfurt a. d. O. 182.87,
Freiburg 400, Fürstenwalde 300, Großneuborf 150, Groß-
schlachwitz I 200, Hamburg III 650, Hamburg IV 150,
Hamm i. W. 160.06, Hannover 300, Heidelberg 150, Heil-
brunn 200, Hohenmölsen 86.30, Holttau 45, Jüterbog 60,
Kaiserlautern 100, Kaiß 170.98, Karlsruhe 300, Königsberg
600, Königs-Wusterhausen 150, Langendiebach 300, Lehnitz 120,
Leipzig 750, Liegnitz 90.42, Lübben 45, Lübeck 200, Ludwig-
hafen 100, Magdeburg 600, Mahlsdorf 150, Mannheim 600,
Mariendorf 100, Meissen 400, Mülheim a. Rh. 66.40, Neu-
anspach 250, Neuföln 1600, Nienburg a. d. S. 240, Niesky 170,
Nowames 900, Nürnberg 300, Ober-Erlenbach 70, Ober-
Schöneweide 100, Offenbach 220, Orlau 125, Oschatz 120,
Pankow 300, Perleberg 32, Pilsfallen 469.20, Pirmneburg 250,
Potsdam 200, Pullitz 28, Rathenow 200, Rodheim v. d. Höhe
190.44, Rostock 600, Sachwitz 35, Salungen 31.30, Schlaben
107.27, Schmölln 44.10, Schöneberg 700, Schweinfurt 423.02,
Schwerin 100, Seligenstadt 200.98, Semb 140, Steegen 450,
Steglich 550, Steinbel 200, Stettin 1000, Stuttgart 600,
Teigel 150, Teltow 250, Tessin 180, Thorn 100, Trier 29,
Untertürkheim 100, Velten 200, Warin 120, Wattencheid 48.75,
Wedel 308.84, Weiskensee 500, Wiesbaden 350, Wilsdruff 100,
Wittenberg 286. Summa M. 87 925.97.

Zuschuß erhielten vom 1. bis 31. Dezember 1919 die
örtlichen Verwaltungen: Altdrewitz M. 200, Altenvers 98,
Birkenwerder 500, Bornstedt 200, Braunschweig 200, Deutsch-
Lissa 80, Frenhan 300, Gollnow 100, Großseeheim 250,
Hagenow 250, Hamburg I 200, Herne 140, Lößnitz 150,
Malchin 110, Marktbel 250, Meuselwitz 85, Mitzschen 200,
Niedersölln 50, Nageburg 250, Schönebeck 200, Schwartau 150,
Selb 300, Timmenrode 4.52, Wehrden 20. Summa M. 4235.52.

Achtung, Kassierer!

Die am Jahresluß mit Marken vollgestellten Mitglieds-
bücher sind zum Umtausch an die Hauptkasse zu senden. Die
Mitglieder der Abteilung A, die bisher Buchnummern über
20 000 hatten, erhalten beim Umtausch jetzt niedrigere Buch-
nummern und ist das beim Umschreiben der Hebelisten zu
beachten.
Der Vorstand.

Versammlungsanzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden so kurz wie möglich gefasste
Versammlungsanzeigen unentgeltlich aufgenommen.)

Dienstag, den 20. Januar:

Hersford: Gleich nach Feierabend beim Wirt Hiller,
Brüderstraße. — **Langensalza:** Gleich nach Feierabend im
„Unteren Felsenkeller“.

Mittwoch, den 21. Januar:

Liegnitz: Eine halbe Stunde nach Feierabend im
Gewerkschaftshaus.

Freitag, den 24. Januar:

Bochum: Abends 6 1/2 Uhr bei Heinrich Krenzel, Moltke-
markt. — **Querfurt:** Abends 8 Uhr auf der Schloßbrücke. —
Witten: Abends 6 Uhr bei Heine. Röthmeier, Ardenstr. 104.

Sonntag, den 25. Januar:

Andernach: Morgens 10 Uhr im „Alten Brauhaus“,
Rheinstraße. — **Arnswalde:** Im „Goldenen Löwen“,
Mittelstraße. — **Bielefeld:** Vorm. 10 Uhr bei Salamon,
Weberstraße. — **Erftner:** Nachm. 4 Uhr bei Grund,
Königsstr. 52. — **Sermannsburg:** Nachm. 2 Uhr bei
S. Thies jun., Gasthof „Heidehof“. — **Remel:** Vorm.
9 Uhr im Gewerkschaftshaus, Holzstr. 3d. — **Warin:** Abends
7 Uhr in der Herberge.

—* Anzeigen. *—

Zahlstelle Fallersleben. Zahlstellen-Versammlung

Sonntag, den 18. Januar, nachmittags 4 Uhr,
im Hotel Freese, Westerstraße.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal.
2. Abrechnung vom Vergnügen. 3. Vorstandswahl. 4. Lohn-
frage. 5. Verschiedenes. Der Zahlstellenvorstand.

Zahlstelle Mainz u. Umg.

Das Bureau der Zahlstelle befindet sich: Banggasse 13,
1. Stg. (Volkszeitung). Alle geschäftlichen Angelegenheiten,
Arbeitslosenmeldungen, Krankmeldungen, Auskunft über alle
Verbandsfragen usw. können nur dort erledigt werden.
Geschäftsstunden des Vorsitzenden und Kassierers: Montag,
Mittwoch, Freitag und Samstag in der Zeit von
5 1/2 bis 7 1/2 Uhr nachmittags. Alle Postsendungen sind an
die oben bezeichnete Adresse zu senden.
[M. 1,10] Der Zahlstellenvorstand.

Die Geschichte der deutschen :: Zimmererbewegung ::

Von diesem im Verlage unseres Zentralvor-
standes erschienenen zweibändigen Werke
sind noch eine Anzahl Exemplare vorrätig.
Sie werden abgegeben zum Preise von pro
Band M. 3 = M. 6 nebst Porto. Bestellungen
sind zu richten an den

Zentralverband der Zimmerer und verwandter
Berufsgenossen Deutschlands, Hamburg I,
:: Gewerkschaftshaus, Zimmer 47 ::

[M. 3,90] **Nachruf.**
Dem furchtbaren Völkermorden fielen folgende
Kameraden zum Opfer:
Richard Finkel | **Otto Rumej**
Julius Hackl | **Oskar Specht**
Ein ehrendes Andenken bewahren ihnen
Die Kameraden der Zahlstelle
Angerburg i. Ostpr.

[M. 3,90] **Nachruf.**
Dem wahnsinnigen Völkermorden fielen folgende
Kameraden zum Opfer:
Max Hoppe | **Otto Rosin**
Otto Krüggel | **Paul Urack**
Ihr Andenken werden stets in Ehren halten
Die Kameraden der Zahlstelle
Birkenwerder, Bez. Potsdam.

[M. 3,90] **Nachruf.**
Dem Weltkriege fielen folgende Kameraden aus
unserer Zahlstelle zum Opfer:
Johannes Bahl | **Robert Mönch**
Oswald Hofmeister
Ihr Andenken werden stets in Ehren halten
Die Kameraden der Zahlstelle
Bolkenhain.

[M. 4,80] **Nachruf.**
Dem wahnsinnigen Völkermorden fielen folgende
Kameraden zum Opfer:
August Hölzke | **Otto Pleschek**
Otto Kretschmann | **Wilhelm Möhring**
H. Kretschmann | **Walter Wormann**
Walter Oehlschläger (Roseburg)
Ihr Andenken werden stets in Ehren halten
Die Kameraden der Zahlstelle
Calbe a. d. Saale.

[M. 4,20] **Nachruf.**
An den Folgen eines Unglücksfalles starb am
30. Dezember 1919 unser lieber Kollege
Gustav Bistrosch
2. Vorsitzender unserer Zahlstelle. Allezeit ein eifriges
Mitglied und Förderer unserer Verbandsache, wird
er uns allen unvergessen bleiben.
Die Kameraden der Zahlstelle
Muskau, O.-Lansitz.

[M. 3,60] **Nachruf.**
Am 15. Dezember starb infolge Unglücksfall unser
treuer Kamerad und langjähriges Mitglied
Friedrich Heinrich
im Alter von 61 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Kameraden der Zahlstelle Neuss.

[M. 4,50] **Nachruf.**
Am 30. Dezember starb nach langer schwerer
Krankheit unser treuer Kamerad
Karl Pott
im Alter von 51 Jahren. Er war Mitbegründer und
mehrere Jahre Vorsitzender unserer Zahlstelle; er hat
treue Kameradschaft uns allen erwiesen.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!
Die Kameraden der Zahlstelle
Stavenhagen.

[M. 3,30] **Nachruf.**
Am 1. Januar starb unser Mitglied
Oswald Fugmann
im Alter von 50 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Zahlstelle Weissenfels.